



DI VALENTINO

STEUERBERATUNG

KLIENTEN-
JAHRESINFO

2023 / **2024**

Unsere Leistungen



Steuerberatung verstehen wir als aktives Beraten in allen rechtlichen und unternehmensbezogenen Angelegenheiten. Wir sind stets bemüht den Erfolg Ihres Unternehmens bestmöglich zu unterstützen. Als Ihre Steuerberatungskanzlei übernehmen wir für Sie die Führung der laufenden Buchhaltung, die

Lohn- und Gehaltsverrechnung, die Erstellung Ihrer Jahresabschlüsse sowie die Vertretung vor den Abgabenbehörden.

Kontaktieren Sie uns für ein kostenloses Erstgespräch. Wir freuen uns auf Sie.

Unser Leistungsspektrum umfasst:

- Unternehmensgründung, Umgründung
- Investitionsentscheidungen
- Unternehmensberatung
- Unternehmensbewertung
- Reporting
- Buchhaltung
- Lohn-Gehaltsverrechnung
- Jahresabschluss
- Rechtsformgestaltung
- Internationale Steuerberatung
- Steueroptimierung
- Vertretung vor Abgabenbehörden

Vorwort

Liebe Klientinnen und Klienten!

Zum Abschluss eines wirtschaftlich herausfordernden Jahres ist es uns ein besonderes Anliegen, Ihnen für Ihre langjährige Treue und Ihr Vertrauen zu danken. In Zeiten, in denen wirtschaftliche Unsicherheiten und Veränderungen den Alltag bestimmen, ist es ganz besonders wichtig, auf verlässliche Partner zählen zu können.

Hohe Preissteigerungen infolge der Pandemie, hohe Energiepreise, starke Leitzinssteigerungen und der Ukraine-Krieg belasten nach wie vor die heimische und globale Wirtschaft. Wir wissen, dass die Aufgaben, vor denen Sie in diesen Tagen stehen, vielfältig und anspruchsvoll sind. Als Ihr strategischer Partner in allen steuerlichen und unternehmerischen Angelegenheiten wollen wir Sie bestmöglich unterstützen und Ihnen zur Seite stehen, um etwaige Schwierigkeiten zu meistern und Chancen zu nutzen.

Mit der Klienten-Jahresinfo geben wir Ihnen einen Überblick über die aktuellen und geplanten Maßnahmen gegen die Inflation und informieren Sie über sinnvolle Maßnahmen vor Jahresende, um noch rechtzeitig Steuern zu sparen bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Darüber hinaus haben wir eine interessante Auswahl an steuerlichen Themen für Sie zusammengestellt.

Auf unserer Webseite www.divalentino.at finden Sie noch viele weitere nützliche Steuerinfos, einen umfangreichen Info- und Servicebereich und unsere Online-Steuer-Rechner. Ein Besuch lohnt sich also.

Das Wichtigste ist jedoch die persönliche Beratung. Sie ist der Schlüssel, um Ihre individuellen Bedürfnisse zu verstehen und maßgeschneiderte Konzepte zu entwickeln. Unser erfahrenes Team steht Ihnen daher jederzeit zur Verfügung, um steueroptimale und nachhaltige Lösungen zu erarbeiten.

An dieser Stelle möchten wir Ihnen bereits heute Frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins Neue Jahr 2024 wünschen!

Luca Di Valentino, MSc

Inhaltsverzeichnis

1	Maßnahmen vor Jahresende 2023	5
1.1	Für Unternehmer	5
1.2	Für Arbeitgeber	9
1.3	Für Arbeitnehmer	10
1.4	Für alle Steuerpflichtigen	11
2	Aktuelle Themen – IFB und Kampf gegen die Inflation	12
2.1	Anpassungen im Rahmen der Bekämpfung der kalten Progression für 2024	12
2.2	Investitionsfreibetrag und ökologischer Investitionsfreibetrag	14
2.3	Start-up-Paket fördert Innovationen und erleichtert Gründungen	16
2.4	Gebäudeentnahme zu steuerlichen Buchwerten	17
2.5	Ausweitung der steuerlichen Spendenbegünstigung	18
2.6	Steuerliche Erleichterungen bei (Hochwasser)Katastrophen	20
2.7	Österreichweiter „Reparaturbonus 2.0“	23
2.8	Vorsteuerabzug bei privaten Photovoltaikanlagen und geplante Umsatzsteuerbefreiung für Photovoltaikmodule	23
3	Fokus Unternehmer	25
3.1	Für den Gruppenantrag müssen die amtlichen Formulare verwendet werden	25
3.2	Umgründungen und Gruppenbesteuerung: Kein zeitlicher Unterschied zwischen Ablauf des Verschmelzungsstichtags und dem folgenden Tag	26
3.3	Der Verlust eines Schriftstücks führt – Sorgfalt vorausgesetzt – regelmäßig nicht zum Rechtsnachteil	27
3.4	BFG zur steuerlichen Anerkennung eines häuslichen Arbeitszimmers	28
3.5	Ende der Steuerschuld kraft Rechnungslegung bei Umsätzen an Endverbraucher?	29
3.6	Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland	30
4	Fokus Arbeitnehmer	32
4.1	VwGH zur Steuerpflicht einer Kaufpreisrente im Scheidungsvergleich	32
4.2	Anwaltskosten in einem Scheidungsverfahren sind keine außergewöhnliche Belastung	33
4.3	BFG zur Luxustangente bei Elektroautos	33
4.4	Pkw-Diebstahl ist weder außergewöhnliche Belastung noch als Werbungskosten absetzbar	35
5	Fokus Immobilien	36
5.1	Erhöhung der Kategorie-Mietzinse und der Richtwertmieten	36
5.2	Sind Kosten zur Berechnung der Immobilienertragsteuer abzugsfähig?	37
5.3	Haftet der Rechtsanwalt für eine falsch errechnete Immobilienertragsteuer?	38
6	Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze	39
6.1	Sozialversicherungswerte 2024	39
6.2	Größenklassen für Kapitalgesellschaften	40
6.3	Aktuelle Zinssätze	40
7	Steuertermine 2024	41



1 Maßnahmen vor Jahresende 2023

Trotz oder gerade wegen der weiterhin turbulenten Zeiten sollte der näher rückende **Jahreswechsel** auch dieses Mal wieder zum Anlass für einen **Steuer-Check** genommen werden. Denn es finden sich regelmäßig Möglichkeiten, durch gezielte Maßnahmen legal **Steuern zu sparen** bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Zu berücksichtigen ist auch, dass der **Körperschaftsteuersatz** 2024 auf 23 % sinkt und es auch bei der **Einkommensteuer** in der 3. Stufe (von 34.513 € bis 66.612 €) zu einer Absenkung des Steuersatzes auf 40 % kommt.

1.1 Für Unternehmer

Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch die Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, **Gewinne und Verluste** der einbezogenen Gesellschaften **auszugleichen**. Voraussetzungen sind die **finanzielle Verbindung** (Kapitalbeteiligung von mehr als 50 % und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingebrachter und sorgsam unterfertigter **Gruppenantrag** (die **amtlichen Formulare müssen im Original unterzeichnet** eingereicht werden). Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.) ist der Gruppenantrag bis spätestens **31.12.2023** einzubringen. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Steuergruppe (z.B., weil eine neue Beteiligung am 1.1.2023 erworben wurde).

Forschungsförderung – Forschungsprämie

Die Forschungsprämie von **14 %** ist als **Steuerzuschritt** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von der Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten**

Forschungsaufwendungen können **Personal- und Materialaufwendungen** für F&E-Tätigkeiten, Gemeinkosten, Finanzierungskosten und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende Investitionen (einschließlich der Anschaffung von Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) der Höhe nach **nicht gedeckelt**. Für die Geltendmachung der Forschungsprämie ist die Vorlage eines positiven **Gutachtens** der **FFG** (Anforderung über FinanzOnline) erforderlich. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen **inländischen Auftragnehmer** handelt – beim Auftraggeber mit **1.000.000 €** begrenzt. Die Vorlage eines FFG-Gutachtens ist bei der Auftragsforschung nicht erforderlich. Im Rahmen der Bemessungsgrundlage der eigenbetrieblichen Forschung kann übrigens auch ein **fiktiver Unternehmerlohn angesetzt** werden. Dieser beträgt **45 € pro** für Forschung und Entwicklung geleistete **Tätigkeitsstunde**, maximal 77.400 € pro Person.

Gewinnfreibetrag

Der Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt seit 2022 **bis zu 15 % des Gewinnes**. Bis zu einem Gewinn von 30.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis** ein **Grundfreibetrag** von **15 %** zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen, Wohnbauanleihen** bzw. auch andere **Wertpapiere** wie z.B. Bundesanleihen, Bank- und Industrieschuldverschreibungen oder bestimmte Investment- und Immobilienfonds (sofern auch zur Deckung von Pensionsrückstellungen geeignet). Die Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** beträgt jeweils 4 Jahre. Scheiden dem Betrieb gewidmete Wertpapiere vor dem Ablauf von 4 Jahren aus, so kann eine **Ersatzbeschaffung** durch Realinvestitionen erfolgen bzw. ist bei vorzeitiger Tilgung eine Wertpapierersatzanschaffung binnen 2 Monaten möglich. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur** der **Grundfreibetrag** zu (dies gilt auch bei der Pauschalierung für Kleinunternehmer). Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben** der **Steuerbelastung** auch die **Sozialversicherungsbelastung**. Der **Gewinnfreibetrag** wird für Gewinne von 30.000 € bis 175.000 € auf **13 % reduziert** und beträgt zwischen 175.000 € und 350.000 € **7 %**, zwischen 350.000 € und 580.000 € nur mehr **4,5 %**, für den darüber hinaus gehenden Teil der Gewinne **entfällt** der **Freibetrag** zur Gänze. Der Freibetrag beträgt daher **maximal 45.950 €**. Im Jahr 2024 wird die Bemessungsgrundlage für den **Grundfreibetrag** übrigens auf 33.000 € erhöht.

Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach** dem **30.6.2023** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2023 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (seit 2023 max. **1.000 €**) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden. E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für **Investitionen seit 1.7.2020** kann alternativ zur linearen AfA eine **degressive AfA** in Höhe von **30 %** geltend gemacht werden. Dieser Prozentsatz ist auf den jeweiligen Buchwert (Restbuchwert) anzuwenden. Ausgeschlossen von dieser i.d.R. **beschleunigten Abschreibung** sind allerdings Investitionen in Gebäude, **KFZ** (nicht aber Investitionen in Elektrofahrzeuge),

Firmenwerte oder immaterielle Wirtschaftsgüter, die **nicht** den Bereichen Digitalisierung, Ökologisierung oder Gesundheit/Life-Science zuzuordnen sind. Jedenfalls **ausgeschlossen** von der degressiven AfA sind **Investitionen in unkörperliche Wirtschaftsgüter**, die zur entgeltlichen Überlassung bestimmt sind oder von konzernzugehörigen Unternehmen/beherrschenden Gesellschaftern erworben wurden. Für gebrauchte Wirtschaftsgüter kann ebenso wenig die beschleunigte Abschreibung in Anspruch genommen werden wie für Anlagen, die der **Förderung**, dem **Transport** oder der **Speicherung fossiler Energieträger** dienen sowie Anlagen, welche fossile Energieträger direkt nutzen.

Für in § 19 Abs. 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie **wirtschaftlich** gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach dem 31.12. bewirkt werden. So genannte „**stehen gelassene Forderungen**“, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.

Investitionsfreibetrag ausnützen

Seit 2023 kann für die Anschaffung oder Herstellung von bestimmten Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens mit einer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von zumindest 4 Jahren ein **Investitionsfreibetrag** von 10 % bzw. für ökologische Investitionen von sogar 15 % geltend gemacht werden. Die Basis für den Investitionsfreibetrag ist jährlich mit 1 Mio. € begrenzt, so dass sich durch ein gezieltes Vorziehen oder Verschieben von Investitionen Gestaltungsmöglichkeiten ergeben.

Beschleunigte Abschreibung bei Gebäuden

Für Gebäude, die **nach dem 30.6.2020 angeschafft** oder hergestellt worden sind, gilt eine **beschleunigte AfA**. Im ersten Jahr beträgt die AfA von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten das **Dreifache** des „normalerweise“ anzuwendenden Prozentsatzes (7,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 4,5 % im außerbetrieblichen Bereich), im darauffolgenden Jahr das **Zweifache** (5 % bzw. 3 %). Ab dem zweitfolgenden Jahr beträgt die Bemessung der AfA 2,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 1,5 % bei der Vermietung und Verpachtung.

Ersatzbeschaffungen bei Veräußerungsgewinnen von Anlagen

Natürliche Personen können die Versteuerung von **Veräußerungsgewinnen** für mindestens sieben Jahre im **Anlagevermögen** gehaltene Wirtschaftsgüter durch (eingeschränkte) Übertragung auf die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von **Neuinvestitionen** einer **sofortigen Besteuerung entziehen** (Steuerstundungseffekt).

Beachtung der Umsatzgrenze für Kleinunternehmer

Diese Umsatzsteuerbefreiung (ohne Vorsteuerabzug) ist nur bei einem **Jahresnettoumsatz** von bis zu **35.000 €** möglich. Seit 1.1.2017 müssen für die Kleinunternehmergrenze **bestimmte steuerfreie Umsätze** (z.B. aus ärztlicher Tätigkeit oder als Aufsichtsrat) **nicht mehr berücksichtigt** werden. Maßgebend für die Kleinunternehmerbefreiung ist, dass das Unternehmen im Inland betrieben wird. Unter-

nehmer, die Gefahr laufen, diese Grenze im Jahr 2023 zu überschreiten, sollten – sofern möglich – den **Abschluss der Leistungserbringung** auf 2024 **verschieben**. Ein Verschieben lediglich des Zahlungseingangs ist nicht ausreichend für die Einhaltung der Kleinunternehmergrenze.

GSVG-Befreiung

Kleinstunternehmer (Jahresumsatz unter 35.000 €, Einkünfte unter 6.010,92 €) können eine GSVG-Befreiung für 2022 bis **31. Dezember 2023** beantragen. Berechtigt sind **Jungunternehmer** (max. 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten 5 Jahren), Personen ab 60 Jahren (Regelpensionsalter) bzw. Personen über 57 Jahre, wenn die genannten Grenzen in den **letzten 5 Jahren** nicht überschritten wurden. Die Befreiung kann auch **während** des Bezugs von **Kinderbetreuungsgeld** oder bei Bestehen einer Teilversicherung während der Kindererziehung beantragt werden. Diesbezüglich gilt eine **monatliche Grenze** von 500,91 € bzw. ein monatlicher Umsatz von 2.916,67 € (jeweils im Durchschnitt).

Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen

Bei **Einnahmen-Ausgaben-Rechnern** wird eine **Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen** dann anerkannt, wenn diese in ihrer Höhe der voraussichtlichen Nachzahlung für das betreffende Jahr entspricht. Rechnen Sie mit einer Nachzahlung, können Sie durch Leistung einer **freiwilligen Vorauszahlung** den Gewinn reduzieren bzw. glätten und damit eventuell nachteilige **Progressionssprünge vermeiden**.

Netzkarten für Selbständige

Seit 2022 können **Selbständige** (nicht auf andere übertragbare) **Netzkarten für den öffentlichen Verkehr** im Ausmaß von 50 % der Ausgaben **pauschal** als **Betriebsausgaben** absetzen, sofern diese auch für betriebliche Fahrten verwendet werden.

Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.23** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2016**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Unterlagen für Grundstücke bei **Vorsteuerrückverrechnung** sind **12 Jahre** lang aufzubewahren. Dienen Grundstücke nicht ausschließlich unternehmerischen Zwecken und wurde beim nichtunternehmerischen Teil ein Vorsteuerabzug in Anspruch genommen, verlängert sich die Aufbewahrungspflicht unter gewissen Voraussetzungen auf **22 Jahre**. Die Aufbewahrungspflicht für Unterlagen i.Z.m. **Grundstücken** beträgt auch **22 Jahre**, wenn mit der Vermietung zu Wohnzwecken bzw. unternehmerischen Nutzung ab **01.04.2012** begonnen wurde. Keinesfalls sollten Unterlagen vernichtet werden, die zur **Beweisführung** z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen.

Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende Lehreinrichtungen wie auch Universitäten können bis zu einem **Maximalbe-**

trag von **10 %** des Gewinnes Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen, geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke, Tierschutz und an freiwillige Feuerwehren** sind als Betriebsausgabe absetzbar. Wesentlich ist mitunter, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und dass die Spende im Jahr 2023 geleistet wurde. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass **betriebliche und private Spenden** zusammen das **Maximum** von **10 %** des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht überschreiten dürfen. Ab **2024** soll mit dem **Gemeinnützigkeitsreformgesetz** die Abzugsfähigkeit von Spenden u.a. für Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen oder Sportvereine **erweitert** werden. Voraussetzung ist die Gemeinnützigkeit dieser Organisationen.

Wertpapierdeckung bei Pensionsrückstellungen

Zur Vermeidung von steuerlichen **Strafzuschlägen müssen zum Ende des Wirtschaftsjahres Wertpapiere** im Nennbetrag von **mindestens 50 %** des am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ausgewiesenen steuerlichen Pensionsrückstellungsbetrages im **Betriebsvermögen** vorhanden sein. Es sollte daher das Vorhandensein einer **entsprechenden Bedeckung** noch vor Jahresende überprüft werden.

Energieabgabenrückvergütung

Die Antragstellung für das **Kalenderjahr 2018** hat bis spätestens 31.12.2023 zu erfolgen.

1.2 Für Arbeitgeber

Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)

- » Betriebsveranstaltungen (z.B. **Weihnachtsfeier**) 365 €;
- » Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €;
- » **Klimaticket**: Seit 1.7.2022 ist die gänzliche oder teilweise Übernahme von Wochen-, Monats- oder Jahreskarten für öffentliche Verkehrsmittel steuerfrei möglich. Dazu zählt auch das **Klimaticket**;
- » Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden;
- » **Kostenlose** oder **verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen**, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, **nicht** aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenabstellplätze);
- » **Zukunftssicherung** (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €;

- » Freie oder **verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz** von bis zu 8 € pro Arbeitstag;
- » Zuschuss für **Kinderbetreuungskosten** 1.000 € (pro Kind) – ab 2024 sogar 2.000 €;
- » **Mitarbeiterrabatte** auf Produkte des Unternehmens, die nicht höher als 20 % sind, führen zu keinem Sachbezug. Diese 20 % sind eine **Freigrenze**, d.h. wird ein höherer Rabatt gewährt, liegt prinzipiell ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis vor, von dem im gesamten Kalenderjahr nur 1.000 € (**Freibetrag**) steuerfrei sind;
- » **Mitarbeiterbeteiligung**: für den Vorteil aus der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von **Unternehmensanteilen** an Mitarbeiter besteht ein **jährlicher Freibetrag** pro Mitarbeiter i.H.v. **3.000 €**. Seit dem 1.1.2018 gibt es auch die Möglichkeit der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Aktien bis zu einem Wert von **4.500 € pro Jahr** in steuer- und sozialversicherungsbefreiter Form. Voraussetzung ist, dass eine **Mitarbeiterbeteiligungsstiftung** die Aktien bis zum Ende des Dienstverhältnisses treuhändig verwaltet;
- » **Mitarbeitergewinnbeteiligung**: Eine Gewinnbeteiligung von bis zu 3.000 € im Kalenderjahr kann steuerfrei (nicht aber sozialversicherungsfrei) ausbezahlt werden;
- » **Steuerfreie Teuerungsprämie**: im Ausmaß von **bis zu 3.000 €** kann im Jahr 2023 noch eine **Teuerungsprämie** ausbezahlt werden, für die keine Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge oder Dienstgeberabgaben anfallen. Auf die Grenze von 3.000 € sind Zahlungen aus der zuvor genannten Mitarbeitergewinnbeteiligung anzurechnen, so dass hier eine gewisse Konkurrenz besteht.

1.3 Für Arbeitnehmer

Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor dem 31.12.23** entrichtet werden, damit sie 2023 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten**. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 € (Werbungskostenpauschale)** übersteigen. Überdies können die Kosten für die **Anschaffung ergonomisch geeigneten Mobiliars fürs Home-Office** (z.B. Schreibtisch, Drehstuhl, Beleuchtung) von **bis zu 300 €** als zusätzliche Werbungskosten geltend gemacht werden. Auch ohne Nachweis der Kosten können **pauschal 3 € pro Home-Office-Tag** (für maximal 100 Tage) als **Werbungskosten** abgesetzt werden.

Arbeitnehmerveranlagung 2018 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht-lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2018** läuft die Frist am 31.12.2023 ab. Dabei können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden, die im

Rahmen des **Freibetragsbescheids** noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährige Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nichtganzzährige Beschäftigung**.

Rückerstattung von Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträgen bei Mehrfachversicherung

Wurden im Jahr 2020 aufgrund einer **Mehrfachversicherung** über die Höchstbeitragsgrundlage hinaus Beiträge entrichtet, ist ein **Antrag auf Rückzahlung der Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge** bis 31.12.23 möglich. Für Pensionsbeiträge ist die Rückerstattung an keine besondere Frist gebunden. Rückerstattete Beiträge sind im Jahr der Rücküberweisung grundsätzlich **einkommensteuerpflichtig**.

1.4 Für alle Steuerpflichtigen

Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalisierte Steuerpflichtige können **Steuerberatungskosten** jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind bis zu 400 € absetzbar und werden über die Meldung an das Finanzamt **automatisch** berücksichtigt.

Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen** etc.) können Spenden i.H.v. **max. 10 % des Einkommens** geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld)**Spenden an mildtätige Organisationen, Tierschutzvereine** und Tierheime (BMF-Liste) sowie an **freiwillige Feuerwehren** Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10 % des Gesamt Betrags der Einkünfte**. Ab 2024 soll mit dem **Gemeinnützigkeitsreformgesetz** die **Abzugsfähigkeit** von **Spenden** u.a. für Schulen, Kindergärten, Kultureinrichtungen oder Sportvereine erweitert werden. Voraussetzung ist die **Gemeinnützigkeit** dieser Organisationen.

Zukunftsvorsorge – Bausparen – Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die 2023 geförderte **private Zukunftsvorsorge** im prämiengünstigten Ausmaß von **3.222,18 €** p.a. führt zur **staatlichen Prämie** von **4,25 % (136,94 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2023 eine **staatliche Prämie** von **18 €** beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).



© Zerbor - Adobe Stock

2 Aktuelle Themen – IFB und Kampf gegen die Inflation

2.1 Anpassungen im Rahmen der Bekämpfung der kalten Progression für 2024

Im **Herbst 2022** ist die **Abschaffung der kalten Progression** beschlossen worden, um der **schleichenden Steuererhöhung** durch höhere Steuerklassen bei Lohnerhöhungen **entgegenzutreten**. Die **Maßnahmen gegen die kalte Progression** teilen sich dabei in zwei Bereiche. Erstens werden die **Einkommensteuertarife** um 2/3 der Inflationsrate jährlich **automatisch angepasst**. Zweitens hat die Abgeltung des verbleibenden Drittels mittels Ministerratsbeschlusses zu erfolgen. Für das Jahr **2024** wurde basierend auf den durchschnittlichen Inflationsraten der Monate Juli 2022 bis Juni 2023 eine **ausgleichende Inflation** von **9,90 %** errechnet. Die Maßnahmen zur **Abgeltung des verbleibenden Drittels durch Ministerratsbeschluss** sind nachfolgend überblicksmäßig dargestellt – das Progressionsabgeltungsgesetz 2024 liegt in Form einer Regierungsvorlage vor, geplantes Inkrafttreten ist 1.1.2024.

Entlastung von niedrigen und mittleren Einkommen

Die Entlastung von niedrigen und mittleren Einkommen erfolgt durch eine weitergehende gestaffelte **Anpassung** der für die Anwendung der **1. bis 4. Tarifstufen maßgebenden Grenzbeträge** in unterschiedlichem prozentuellem Ausmaß von 3,3 Prozentpunkten (1/3 von 9,9 %) **an die Inflationsrate**. Bei der ersten Tarifstufe beträgt die Anpassung dann insgesamt 9,6 %, bei der zweiten Tarifstufe in Summe 8,8 %, bei der dritten Tarifstufe insgesamt 7,6 % und bei der vierten Tarifstufe in Summe 7,3 %.

Zusammen mit der automatischen Inflationsanpassung ergeben sich **ab 2024** nachfolgende **Tarifstufen** in der Einkommensteuer

Einkommen (in €)		Grenzsteuersatz
Über	Bis	
0	12.816	0 %
12.816	20.818	20 %
20.818	34.513	30 %
34.513	66.612	40 %
66.612	99.266	48 %
99.266	1.000.000	50 %
über	1.000.000	55 %

Die **Absetzbeträge** samt zugehöriger Einkommengrenzen und Einschleifregelungen sowie die **SV-Rückerstattung** und der **SV-Bonus** werden um insgesamt **100 % an die Inflationsrate angepasst** – zu 2/3 im Rahmen der automatischen Inflationsanpassung und zu einem weiteren Drittel (d.h. um weitere 3,3 Prozentpunkte) durch das Progressionsabgeltungsgesetz 2024.

Schließlich wird auch der **Grundfreibetrag** als Teil der Begünstigung durch den Gewinnfreibetrag von bisher 30.000 € **auf 33.000 € angehoben**. Maximal können ab 2024 also 4.950 € (15 % von 33.000) ohne weitere Voraussetzung wie begünstigte Investitionen vom steuerlichen Gewinn abgezogen werden.

Bekämpfung des Arbeitskräftemangels und Schaffung positiver Leistungsanreize

Die weitere **steuerliche Begünstigung von Überstundenzuschlägen** soll zu positiven Leistungsanreizen beitragen und auch zur **Bekämpfung des Arbeitskräftemangels** führen. Beschlossen wurde demnach die **Anhebung des monatlichen Freibetrags** von 86 € **auf 120 €** sowie eine für die Jahre 2024 und 2025 befristete Festsetzung des monatlichen Freibetrags für die ersten 18 Überstunden mit 200 € im Monat.

Im Zusammenhang mit der steuerlichen Begünstigung der **Schutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulage** sowie der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit wurde der monatliche Freibetrag von derzeit 360 € **auf 400 € angehoben**.

Schließlich sollen die im Zuge der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021 eingeführten steuerlichen Regelungen bzgl. **Homeoffice-Tätigkeit** der Arbeitnehmer **unbefristet verlängert** werden.

Entlastung von Kindern und Familien

Die beschlossene **Erhöhung des Kindermehrbetrags** von 550 € **auf 700 €** soll zur Entlastung von Kindern und Familien beitragen. Im Rahmen der **Erhöhung der Zuschüsse zur Kinderbetreuung** und Erweiterung der Betriebskindergärten erfolgt die **Verdoppelung** des maximalen steuerfreien **Zuschusses durch den Arbeitgeber zur Kinderbetreuung** – von 1.000 € auf 2.000 € pro Kind bis 14 Jahre (statt bisher 10 Jahre). Überdies ist die vergünstigte oder kostenlose Inanspruchnahme von Be-

triebkindergärten auch dann steuerfrei, wenn die Einrichtung ebenso von betriebsfremden Kindern besucht wird.

2.2 Investitionsfreibetrag und ökologischer Investitionsfreibetrag

Im Rahmen des **ökosozialen Steuerreformgesetzes 2022** ist der **Investitionsfreibetrag** (IFB) in modernisierter Version wieder eingeführt worden. Der IFB ist in § 11 EStG geregelt und kann für **seit 1.1.2023 angeschaffte oder hergestellte** (fertiggestellte) **Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens** in Anspruch genommen werden. Der IFB verfolgt seit jeher das Ziel, **Investitionsanreize für gewinnerzielende Unternehmen** zu schaffen, indem im Jahr der Anschaffung **zusätzliche Betriebsausgaben** geltend gemacht werden können. Der IFB ist vom getätigten Investitionsvolumen abhängig und führt zu einer **echten Steuerersparnis**, nicht lediglich zu einer Steuerstundung. Grundsätzlich beträgt der **IFB 10 % der Anschaffungs- oder Herstellungskosten** – im Sinne eines Anreizes für klimafreundliche Investitionen erhöht sich der **IFB auf 15 %**, wenn die Investition aus dem Bereich **Ökologisierung** stammt.

Der modernisierte IFB ist mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von **1 Mio. € pro Wirtschaftsjahr pro Betrieb gedeckelt** (der maximale IFB beträgt daher 100.000 bzw. 150.000 €) – im Falle von Rumpfwirtschaftsjahren ist zu aliquotieren (1/12 des Höchstbetrags für jeden Monat). Erstreckt sich die Anschaffung oder Herstellung über mehr als ein Wirtschaftsjahr, so **kann** der **IFB** auch von den **aktivierten Teilbeträgen der Anschaffungskosten** bzw. Herstellungskosten, welche auf das einzelne Jahr entfallen, geltend gemacht werden (Wahlrecht – **alternativ** ist die Inanspruchnahme des gesamten IFB im Wirtschaftsjahr der Fertigstellung möglich). Aufgrund der Deckelung des IFB ist die **gleichzeitige Inanspruchnahme** von ähnlichen begünstigenden Maßnahmen, wie z.B. der **Forschungsprämie** oder der **Investitionsprämie unkritisch**. Der IFB hat auch keine Auswirkungen auf die laufende Abschreibung des jeweiligen Wirtschaftsgutes. Allerdings kann der **IFB nicht** für Wirtschaftsgüter beansprucht werden, für welche der **investitionsbedingte Gewinnfreibetrag** geltend gemacht wurde.

Ausgeschlossen vom IFB sind Wirtschaftsgüter, für welche eine **Sonderform der AfA** vorgesehen ist (insbesondere Gebäude und Kfz), wobei aus ökologischen Gründen infolge einer Rückausnahme der **IFB für Elektrofahrzeuge** dennoch **gewährt** wird. Darüber hinaus **nicht möglich** ist der IFB für geringwertige Wirtschaftsgüter, welche sofort abgesetzt werden und für **unkörperliche Wirtschaftsgüter**, die nicht den Bereichen Digitalisierung, Ökologisierung oder Gesundheit/Life-Science zuzuordnen sind (es handelt sich dabei um jene Kategorien von Wirtschaftsgütern, für welche die erhöhte Investitionsprämie in Anspruch genommen werden konnte bzw. die degressive AfA). **Jedenfalls ausgeschlossen sind unkörperliche Wirtschaftsgüter**, die zur **entgeltlichen Überlassung bestimmt sind** oder von konzernzugehörigen Unternehmen/beherrschenden Gesellschaftern erworben werden. Für **gebrauchte Wirtschaftsgüter** kann ebenso wenig ein IFB beantragt werden wie für Anlagen, die der Förderung, dem Transport oder der Speicherung fossiler Energieträger dienen sowie Anlagen, welche fossile Energieträger direkt nutzen.

Um den IFB in Anspruch nehmen zu können, muss eine **betriebliche Einkunftsart** vorliegen und

die **Gewinnermittlung durch Betriebsvermögensvergleich oder vollständige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung** erfolgen (der IFB geht also nicht bei Pauschalierung). Der IFB ist in der **Steuererklärung** im Jahr der Anschaffung bzw. Herstellung an der entsprechenden Stelle anzuführen. Bei Wirtschaftsgütern, für welche der IFB in Anspruch genommen wird, ist dieser im **Anlagenverzeichnis** bzw. in der **Anlagenkartei** auszuweisen. Verglichen mit dem im Jahr 2001 ausgelaufenen (alten) IFB hat weder unternehmensrechtlich noch steuerrechtlich ein bilanzieller Ausweis zu erfolgen.

Für die Anschaffung bzw. Herstellung **ökologischer Wirtschaftsgüter** kann der **erhöhte IFB von 15 %** geltend gemacht werden. Details dazu sind in der **Öko-IFB-VO** zu finden. Umfasst von der höheren Begünstigung sind beispielsweise Wirtschaftsgüter, auf die das Umweltförderungsgesetz oder das Klima- und Energiefondsgesetz anwendbar sind, **emissionsfreie Fahrzeuge ohne Verbrennungsmotor** sowie E-Ladestationen, Fahrräder, Transportfahrräder etc. jeweils mit und ohne Elektroantrieb und Fahrradanhänger oder auch **Photovoltaikanlagen**. Folgende Besonderheiten sind i.Z.m. dem ökologischen IFB zu beachten:

- » Der Öko-IFB ist auch für (öffentlich sowie nicht öffentlich zugängliche) **Wasserstofftankstellen** möglich. Voraussetzung dafür ist, dass der erhältliche Wasserstoff als Antriebskraft für Brennstoffzellenfahrzeuge ausschließlich **aus erneuerbaren Energieträgern** besteht.
- » Ebenso erhöht gefördert werden Wirtschaftsgüter zur **Erzeugung von Biomethan**. Der Öko-IFB steht auch bei der Geltendmachung von **Teilbeträgen** der Anschaffungs- und Herstellungskosten zu, sofern die Registrierung in der Herkunftsdatenbank bei Fertigstellung erfolgt.
- » Der Öko-IFB steht auch für Wirtschaftsgüter zur **Erzeugung von Wasserstoff** aus erneuerbaren Quellen zu.
- » Die Öko-IFB-VO ermöglicht auch die **Plausibilisierung durch den Steuerpflichtigen selbst**. Bisher konnte das Finanzamt in Fällen, in denen keine Förderung gewährt wird, für die Beurteilung, ob die entsprechende Investition in den Bereich Ökologisierung fällt, auf eine **Beurteilung durch qualifizierte Dritte** (beispielsweise Ziviltechniker) zurückgreifen bzw. gleichzeitig eine Plausibilisierung auf Verlangen des Steuerpflichtigen durchführen lassen. Die **Plausibilisierung durch den Steuerpflichtigen** selbst ist auf **Anschaffungs- oder Herstellungskosten von höchstens 50.000 € beschränkt**. Auf Verlangen des Finanzamts ist dann glaubhaft zu machen, dass die Voraussetzungen für den Öko-IFB im Zeitpunkt der Anschaffung bzw. Herstellung erfüllt waren.
- » Der Öko-IFB kann auch auf die **Anschaffung und Herstellung von klimafreundlichen Heizungen im Zusammenhang mit Gebäuden** geltend gemacht werden. Davon sind **Wärmepumpen, Biomassekessel, Fernwärme- bzw. Fernkältetauscher, Fernwärme- bzw. Fernkälteübergabestation und Mikronetze** umfasst.

Die **Wirtschaftsgüter**, für welche der IFB in Anspruch genommen werden soll, müssen eine **betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer** von mindestens vier Jahren haben und Inlandsbezug vorweisen. **Scheidet das Wirtschaftsgut** vor Ablauf von 4 Jahren **aus** (hier hat eine taggenaue Betrachtung zu erfolgen) oder wird es ins Ausland verbracht, kommt es zur **Nachversteuerung** der Begünstigung. Die Nachversteuerung (gewinnerhöhender Ansatz des IFB) entfällt, sofern das Ausscheiden des Wirt-

schaftsguts auf **höhere Gewalt** oder auf einen behördlichen Eingriff zurückzuführen ist. Bei Umgründungen nach dem Umgründungssteuergesetz zu Buchwerten läuft die Behaltefrist beim Rechtsnachfolger weiter.

2.3 Start-up-Paket fördert Innovationen und erleichtert Gründungen

Das Ende Mai 2023 von BMF und BMJ präsentierte „**Start-up-Paket**“ hat zum Ziel, unternehmerische Innovation und Risikobereitschaft durch **flexiblere Rahmenbedingungen im Gesellschafts- und im Steuerrecht** zu fördern. Der Gesetzesentwurf (Ministerialentwurf) beinhaltet insbesondere das Konzept der **flexiblen Kapitalgesellschaft**, die **Senkung des Mindeststammkapitals** einer GmbH und die Möglichkeit zur **Start-up-Mitarbeiterbeteiligung**.

Die „**flexible Kapitalgesellschaft**“ („FlexKap“ oder „FlexCo“) soll eine neue Abwandlung dieser Rechtsform sein, die **mehr Freiheit** bei der Willensbildung der Gesellschaft wie auch bei Kapitalmaßnahmen bietet. Ebenso soll die Möglichkeit der **Mitarbeiterpartizipation** am unternehmerischen Erfolg via **Abgabe von Unternehmensanteilen** im Vordergrund stehen. Vorgesehen dabei ist, dass Arbeitnehmern ein Mitspracherecht garantiert wird, wenn Beschlüsse eine Änderung der Rechte der am Unternehmenswert Beteiligten im Nachhinein bewirken. In punkto Bilanzgewinn ist vorgesehen, dass **Arbeitnehmer** wirtschaftlich **nicht schlechter gestellt** werden **als** die **Gründer** selbst. Deshalb sollen **Arbeitnehmer** im Ausmaß ihrer Kapitalbeteiligung an **Bilanzgewinn** bzw. **Liquidationserlös beteiligt** werden. Schließlich sollen **Unternehmensanteile** einer solchen FlexKap **in Schriftform übertragen** werden können. Überdies sollen flexible Kapitalgesellschaften einfach und **unbürokratisch** in eine AG oder GmbH **umgewandelt** werden können.

Die Schwelle zur **Unternehmensgründung** hängt oftmals auch von der Höhe des **erforderlichen Mindeststammkapitals** ab. Um **Unternehmensgründungen zu erleichtern**, ist vorgesehen, das **GmbH-Mindeststammkapital** von 35.000 € auf **10.000 € abzusenken**. Damit einhergehend soll die **Mindestkörperschaftsteuer** künftig **500 € betragen** (5 % des gesetzlichen Mindeststammkapitals).

Die neuen Regelungen für die **Start-up-Mitarbeiterbeteiligung** sind erstmals für **ab 1.1.2024** abgegebene Anteile geplant. Die Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenserfolg kann die häufigen Schwierigkeiten von **Start-ups** bei Themen wie fehlender Cashflow und fehlende Liquidität lösen, die oftmals **Probleme** bei der **Einstellung und Entlohnung** passender und qualifizierter Mitarbeiter **darstellen**. Bisher hat jedoch die **Abgabe von Kapitalanteilen an die Mitarbeiter** zu einer **Besteuerung** dieses **geldwerten Vorteils** geführt (nach Berücksichtigung der schon bestehenden Steuerbefreiung für Mitarbeiterbeteiligungen von 3.000 € bzw. 4.500 € bei Mitarbeiterbeteiligungsstiftungen) und somit zum **Liquiditätsbedarf** beim **Arbeitnehmer** („**Dry-Income**“-**Problematik**).

Das Vorliegen einer solchen Start-up-Mitarbeiterbeteiligung soll dabei an folgende **Kriterien** bezogen auf das **Unternehmen** geknüpft sein – nicht mehr als 100 Arbeitnehmer, nicht mehr als 40 Mio. € Umsatz, die Unternehmensgründung ist nicht mehr als 10 Jahre her und das Unternehmen darf **nicht** Teil eines **Konzerns** sein. **Start-up-Mitarbeiterbeteiligungen** sollen **begünstigt** sein, wenn die **Kapitalanteile unentgeltlich abgegeben** werden – eine bloß verbilligte Abgabe der Unternehmens-

anteile bringt keine Begünstigung mit sich. Eine **Besteuerung** von solchen Start-up-Mitarbeiterbeteiligungen soll – anstelle der bislang de facto sofortigen Besteuerung des geldwerten Vorteils – **nur in ausgewählten Fällen** erfolgen und somit zu einem **Aufschub der Steuerbelastung** führen. So ist die **Besteuerung** z.B. bei **Veräußerung der Anteile durch den Arbeitnehmer** (das ist der typische Fall der Beendigung des Besteuerungsaufschubs), bei **Beendigung des Dienstverhältnisses** (allerdings nicht bei Unternehmenswertanteilen an einer flexiblen Kapitalgesellschaft unter bestimmten Voraussetzungen) oder bei Umständen, die das Besteuerungsrecht Österreichs einschränken (wie z.B. im Falle des **Wegzugs**), vorgesehen.

Bei **Unternehmenswertanteilen** hat der **Arbeitgeber** im Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses die **Möglichkeit**, die **sofortige Besteuerung abzuwenden**, sofern er für die **Entrichtung der Steuer haftet** und dies am Lohnzettel erklärt. In diesen Fällen erfolgt der Zufluss erst bei späterer Veräußerung der Anteile, Aufhebung der Vinkulierung, Tod oder Wegzug. Die **Besteuerung** der Start-up-Mitarbeiterbeteiligung erfolgt pauschal **zu 75 % mit** einem festen Satz von **27,5 %** – die restlichen **25 %** unterliegen dem **regulären Tarif**. Zeitlich betrachtet beträgt für die Start-up-Mitarbeiterbeteiligung die **Behaltefrist für die Anteile zumindest 5 Jahre**, das Dienstverhältnis muss zumindest 3 Jahre gedauert haben. Die 5-Jahres-Frist gilt nicht, wenn die Besteuerung aufgrund der Beendigung des Dienstverhältnisses eintritt. Schließlich ist vorgesehen, dass die steuerlichen Begünstigungen für Start-up-Mitarbeiterbeteiligungen durch entsprechende im **Sozialversicherungsrecht begünstigende Bestimmungen** flankiert werden.

2.4 Gebäudeentnahme zu steuerlichen Buchwerten

Bei **Entnahmen** von **bebauten Grundstücken** aus dem betrieblichen in den privaten Bereich kommt grundsätzlich der **Teilwert** zum Ansatz, wodurch die im betrieblichen Bereich entstandenen **stillen Reserven** aufgedeckt und einer **Besteuerung** unterworfen werden. Eine solche Entnahme von Gebäuden aus dem Betriebsvermögen erfolgte oftmals im Rahmen der **Betriebsaufgabe** oder um das Gebäude zu vermieten. Bislang gab es in diesem Zusammenhang immerhin die **Begünstigung**, dass die **Entnahme von Grund und Boden zum steuerlichen Buchwert** und somit **steuerneutral** erfolgte (vorausgesetzt, es liegt keine Ausnahme vom besonderen Steuersatz gem. § 30a EStG vor). Hingegen kam bei der **Entnahme von Gebäuden der Teilwert** (entspricht ca. dem **Verkehrswert**) zum Tragen, wodurch die aufgedeckten **stillen Reserven** im Zeitpunkt der Entnahme **versteuert** werden mussten - sofern nicht eine Ausnahme im Rahmen der begünstigten Betriebsaufgabe anwendbar war. Diese **Ausnahme** nach § 24 Abs. 6 EStG bestand dann, wenn das Gebäude bis zur Betriebsaufgabe der **Hauptwohnsitz** des Steuerpflichtigen gewesen war, auf das Gebäude keine stillen Reserven übertragen worden sind und der Steuerpflichtige (abgesehen vom Todesfall) entweder das **60. Lebensjahr vollendet** und die **Erwerbstätigkeit eingestellt** hat oder wegen körperlicher oder geistiger Behinderung **erwerbsunfähig** wurde und nicht mehr in der Lage, den Betrieb weiterzuführen.

Durch das **Abgabenänderungsgesetz 2023** ist es **seit 1.7.2023** zu einer bedeutsamen **Ausweitung** der **Begünstigung** (i.S.d. Ansatz des steuerlichen Buchwerts) **bei Entnahmen gekommen**. Folglich können neben **Grund und Boden** auch **Gebäude** und **grundstücksgleiche Rechte steuerneutral zum Buchwert entnommen** werden - der steuerliche Entnahmewert/Buchwert stellt dann die Anschaffungskosten für die weitere steuerliche Behandlung wie z.B. die Abschreibung dar. Die **Entnahme zum Teilwert** (ca. Verkehrswert) kommt für Grund und Boden, Gebäude und grundstücksgleiche

Rechte **nur dann** zum Tragen, wenn eine Ausnahme vom besonderen Steuersatz gem. § 30a Abs. 3 EStG besteht. Dies gilt etwa für **Grundstücke des Umlaufvermögens** oder bei **Grundstücken** von Steuerpflichtigen, deren betriebliche Tätigkeit in der **gewerblichen Überlassung und Veräußerung von Grundstücken** liegt.

Durch den Wegfall der Entnahmebesteuerung von Gebäuden soll eine **wirtschaftlich sinnvolle außerbetriebliche Nutzung** von oft langer Zeit **leerstehenden Betriebsgebäuden** erreicht werden und letztlich auch aufgrund des reduzierten Leerstands die **voranschreitende Bodenversiegelung in Österreich eingedämmt** werden. Konkret können nunmehr lang leerstehende Betriebsgebäude für eigene Wohnzwecke oder zur Vermietung verwendet werden, ohne im Entnahmezeitpunkt stille Reserven aufdecken zu müssen - dies erfolgt erst **im Rahmen einer späteren Veräußerung**. Ebenso wird die Betriebsübergabe an Kinder unter Zurückbehaltung der Liegenschaften durch die Ausweitung der Begünstigung erleichtert.

In bestimmten Fällen nach dem 30. Juni 2023 kann **freiwillig** zur **Besteuerung optiert** werden. Dies gilt etwa für Betriebsaufgaben in Folge des Todes des Steuerpflichtigen oder in Folge von Erwerbsunfähigkeit oder bei Vollendung des 60. Lebensjahres mit **Einstellung der Erwerbstätigkeit**. Dann kann auf **Antrag** auf die **Buchwertentnahme verzichtet** werden und der **gemeine Wert** des Gebäudes bzw. auch von Gebäude(teile)n **angesetzt** werden. Dann kann, sofern seit Eröffnung des Betriebs oder dem letzten entgeltlichen Erwerbsvorgangs sieben Jahre verstrichen sind, der auf das Gebäude entfallende **Aufgabegewinn** mit dem **Hälftesteuersatz** versteuert werden (in der Regel 25 % bis 27,5 %). Ebenso können durch diese Vorgehensweise allfällige **Verlustvorträge** schneller verwertet werden.

2.5 Ausweitung der steuerlichen Spendenbegünstigung

Die geplanten **Änderungen** im Zusammenhang mit der **Ausweitung der steuerlichen Spendenbegünstigung** liegen als Gesetzesentwurf vor. Dabei sollen die steuerlichen **Spendenbegünstigungen** sowohl **erweitert** als auch maßgeblich **vereinfacht** werden. Nachfolgend sind die wesentlichen Eckpunkte der geplanten Änderungen überblicksmäßig dargestellt.

Ausweitung der Liste der abzugsfähigen Spenden

Angedacht ist, dass ab 1.1.2024 die **Spendenabsetzbarkeit** pauschal an die **gemeinnützigen Zwecke i.S.d. § 35 BAO anknüpft** und damit insbesondere folgende Bereiche auch von der Spendenbegünstigung umfasst sein sollen. Im **Bildungsbereich** soll durch die Ausdehnung der Abzugsfähigkeit der Spenden speziell im Bereich der **Elementarpädagogik und Schulbildung** wie auch z.B. in der Erwachsenenbildung einem von der Praxis schon länger geforderten Anliegen nachgekommen werden. **Öffentliche Kindergärten und Schulen** sollen demnach ex lege als **begünstigte Einrichtungen angesehen** werden. Schulgelder und Kursgebühren sollen allerdings nicht als Spenden abzugsfähig sein.

Im Bereich **Sport** gab es mit Ausnahme von Behindertensportdachverbänden bisher keine Spendenbegünstigung. Zukünftig soll auch **Sport als spendenbegünstigter Zweck** angesehen werden – die **Datenübermittlung** soll allenfalls auch **zentralisiert** über die Dach- und Fachverbände möglich sein. Bei **Kunst und Kultur** war die Anerkennung als begünstigter Spendenempfänger **bislang** an

Bedingungen gekoppelt wie etwa **die Anknüpfung an eine Bundes- oder Landesförderung**. Diese Voraussetzung soll **künftig entfallen**. Mit der allgemeinen Anknüpfung an gemeinnützige Zwecke i.S.d. § 35 BAO sollen **weitere begünstigte Zwecke** wie **Kinder-, Jugend- und Familienfürsorge**, Menschenrechte und Frauenförderung sowie Konsumentenschutz zukünftig unter die Spendenbegünstigung fallen.

Trotz der angedachten erfreulichen Begünstigungen darf nicht vergessen werden, dass nur der Allgemeinheit dienende Organisationen spendenbegünstigt sein sollen, wobei auch die Zielsetzung der Organisation mit der österreichischen Rechtsordnung übereinstimmen muss. Schließlich ist auch auf die Verhältnismäßigkeit und **Treffericherheit des Verwendungszweckes** besonderes Augenmerk zu legen.

Verfahrenserleichterungen, Vereinfachungen und Missbrauchsschutz bei der Spendenbegünstigung

Für die **Aufnahme in die Spendenliste** war **bisher** grundsätzlich eine **dreijährige Tätigkeit** auf dem begünstigten Gebiet Voraussetzung gewesen - **künftig** soll eine **einjährige Tätigkeit ausreichen**. Außerdem ist statt der bisher erforderlichen Bestätigung durch einen Wirtschaftsprüfer (Pflicht zur Prüfung des Rechnungs- oder Jahresabschlusses) ein **vereinfachtes Meldeverfahren** über einen **Steuerberater** angedacht, wodurch insbesondere für kleine Vereine eine **finanzielle Entlastung** bewirkt werden soll. Überdies soll die bisher beantragungspflichtige Verlängerung nunmehr automatisch über Meldung durch einen Wirtschaftstreuhänder erfolgen.

Vereinfachungen sind auch bezüglich der **Anforderungen an Spendensammelvereine** und Mittelbeschaffungskörperschaften angedacht, wobei es auch zu einer Vereinheitlichung kommen soll.

Damit der **Missbrauchsschutz** im Zusammenhang mit Spendenbegünstigungen verbessert wird, sind **rechtliche Konsequenzen und Haftungsbestimmungen** für **missbräuchliche Praktiken** vorgesehen – konkret bei **unrichtigen Spendendaten** und Spendenbestätigungen.

Reform der steuerbegünstigten Zuwendungen an gemeinnützige Stiftungen

Die bislang mit einer jährlichen „Sunset Clause“ (darunter versteht man die Befristung von Rechtsvorschriften mit dem Ziel, staatliche Regulierung zu verbessern) ausgestaltete **Abziehbarkeit von Zuwendungen zur Vermögensausstattung gemeinnütziger Stiftungen**, welche spendenbegünstigte Zwecke verfolgen, soll zu **Dauerrecht** werden. **Anstelle** des Absolutbetrags von bisher **500.000 €** können zukünftig **bis zu 10 % des Gewinns** spendenbegünstigt zugewendet werden. Zudem soll die zweijährige Vermögensbindung nur noch für 50 % des zugewendeten Betrags gelten.

Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts und Rechtssicherheit

Die bisher bereits in den Vereinsrichtlinien vorgesehenen **einkommensteuerfreien Beträge für Zahlungen an Vereinsfunktionäre** und -mitglieder sollen als großes und kleines „Freiwilligenpauschale“ im EStG verankert werden. Das **kleine Pauschale** sieht Freibeträge von 30 € pro Tag oder maximal

1.000 € pro Jahr vor, während das **große Pauschale** 50 € pro Tag bzw. maximal 3.000 € pro Jahr vorsieht. Mithilfe dieser Pauschalen können ab 2024 ehrenamtliche Helfer **steuerfrei** für ihre Mitarbeit **entlohnt** werden.

Eine **Modernisierung** ist auch insoweit vorgesehen, dass unwesentliche **Satzungsmängel** bei tatsächlicher gemeinnütziger Geschäftsführung **rückwirkend sanierbar** sein sollen. In Zukunft sollen **Ausnahmegenehmigungen** für begünstigungsschädliche wirtschaftliche Geschäftsbetriebe und Gewerbebetriebe auch mit rückwirkender Wirkung erteilt werden können.

Kooperationen zwischen gemeinnützigen und nicht gemeinnützigen Organisationen sollen unter gewissen Voraussetzungen unschädlich sein. Vorgesehen ist auch, dass die **Umsatzgrenze für die automatische Ausnahmegenehmigung** für begünstigungsschädliche Betriebe von bisher 40.000 € **auf 100.000 € erhöht** wird.

Neben technischen Vereinfachungen in Bezug auch Dachverbände und Holdings ist schließlich auch geplant, dass es im Auflösungsfall bzw. bei **Wegfall des begünstigten Zwecks bis zu 10 Jahre** zur **Nachversteuerung** kommen soll, falls die Mittel nichtbegünstigten Zwecken zugeführt wurden.

2.6 Steuerliche Erleichterungen bei (Hochwasser) Katastrophen

Bei Katastrophenschäden wie durch Hochwasser und Erdbeben sind Maßnahmen vorgesehen (BMF-Info GZ 2023-0.599.910 vom 21. August 2023), die Betroffenen und Helfenden (steuerliche) **Erleichterungen verschaffen** sollen. Ausgewählte Erleichterungen sind nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

Verlängerung von Fristen

Da es im Zusammenhang mit Naturkatastrophen zu **Schwierigkeiten** mit der **Einhaltung** von abgabenrechtlichen **Fristen** kommen kann, können begründete Anträge auf **Verlängerung der Frist** zur Einreichung von **Abgabenerklärungen** gestellt werden (etwa bezüglich einer monatlichen **UVA**). Ebenso kann ein Antrag auf **Verlängerung der Beschwerdefrist** gestellt werden.

Erleichterungen bei Steuer(voraus)zahlungen

Um **Liquiditätsgaps** oder Schwierigkeiten bei der Einhaltung von Zahlungszielen **entgegenzutreten**, sieht die BMF-Info folgende **mögliche Anträge** vor.

- » Antrag auf **Stundung oder Ratenzahlung** bzw. Antrag auf Neuverteilung der Ratenzahlung i.Z.m. dem COVID-19-Ratenzahlungsmodell.
- » Antrag, von der **Geltendmachung von Terminverlusten abzusehen**, sofern eine Ratenzahlungsvereinbarung oder Stundung bereits aufrecht ist.

- » Antrag auf **Herabsetzung** bzw. **Nichtfestsetzung** von **Säumniszuschlägen**, wenn eine fällige Abgabe aufgrund der Naturkatastrophe nicht rechtzeitig entrichtet werden konnte.
- » Antrag auf **Nicht-Festsetzung von Verspätungszuschlägen**, sofern die Frist zur Einreichung einer Abgabenerklärung aufgrund der Naturkatastrophe nicht gewahrt wurde.

Die steuerliche Erleichterung ist insoweit breit gefasst als auch **mittelbar** von einem Katastrophenschaden **Betroffene** die Herabsetzung beantragen können.

Zahlungen aus dem Katastrophenfonds und freiwillige Zuwendungen Dritter sind steuerfrei

Die BMF-Info betont, dass **Leistungen aus dem Katastrophenfonds** sowie Leistungen von gemeinnützigen oder mildtätigen Privatstiftungen **steuerfrei** sind. Bei steuerfreien Subventionen, z.B. aus dem Katastrophenfonds, ist zu beachten, dass die **Subventionen** von den steuerlichen **Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzuziehen** sind, wodurch sich auch die **AfA reduziert**. **Freiwillige Zuwendungen** zur Beseitigung von Katastrophenschäden sind auf der **Empfängerseite steuerbefreit**. Beispiele für solche freiwilligen Zuwendungen sind etwa Geld, ein zinsloses Darlehen durch den Arbeitgeber oder auch eine Spende an einen von der Katastrophe betroffenen Haushalt.

Zuwendungen und Spenden zur Beseitigung von Katastrophenschäden

Grundsätzlich sind **Spenden** bis zu einer gewissen Höhe als **Betriebs- oder Sonderausgaben steuerlich abzugsfähig**, wenn **für begünstigte Zwecke und an eine begünstigte Einrichtung gespendet** wird. Als begünstigte Einrichtungen gelten z.B. verschiedene **Hilfsorganisationen** oder freiwillige Feuerwehren. Als begünstigter Zweck im vorliegenden Fall gilt auch die **Hilfestellung in nationalen und internationalen Katastrophenfällen** – insbesondere bei Hochwasser-, Erdbeben-, Vermurungs- und Lawinenschäden. Zu beachten ist dabei, dass **direkte Spenden an Betroffene** jedoch **steuerlich nicht geltend gemacht** werden können.

Unternehmen haben überdies die Möglichkeit – betraglich unbegrenzt – **Hilfeleistungen in Geld- oder Sachwerten**, die i.Z.m. akuten Katastrophen im In- und Ausland gewährt werden, steuerlich als **Betriebsausgaben** abzusetzen. Vorausgesetzt wird eine **Werbewirksamkeit**, an welche grundsätzlich keine zu hohen Anforderungen gestellt werden. Für die **steuerliche Abzugsfähigkeit** von werbewirksamen Spenden i.Z.m. Katastrophen ist es **gleichgültig**, ob **Hilfsorganisationen**, Gemeinden, **eigene Arbeitnehmer** usw. die **Spendenempfänger** sind.

Allgemeine ertragsteuerliche Begünstigungen

Investitionsbegünstigungen können bei hochwasserbedingten Katastrophenfällen **Erleichterungen** bringen – so auch bei **notwendigen Ersatzbeschaffungen** und bei **hochwasserbedingtem Ausscheiden von Wirtschaftsgütern** aus dem Betriebsvermögen. Für Ersatzbeschaffungen können die allgemeinen steuerlichen **Investitionsbegünstigungen** wie die **lineare und die degressive Abschreibung** für Wirtschaftsgüter des abnutzbaren Anlagevermögens in Anspruch genommen werden. Für die Herstellung bzw. Anschaffung von **Gebäuden** des Betriebsvermögens kann unter

bestimmten Voraussetzungen auch die **beschleunigte Abschreibung** geltend gemacht werden. Dabei ist zu beachten, dass **Instandsetzungs- oder Instandhaltungsaufwendungen keinen Herstellungsaufwand** darstellen.

Bei der **Anschaffung oder Herstellung** von Wirtschaftsgütern des abnutzbaren Anlagevermögens kann auch der **Investitionsfreibetrag** als Betriebsausgabe geltend gemacht werden (Mindestnutzungsdauer von 4 Jahren wird vorausgesetzt). Alternativ ist für begünstigte Wirtschaftsgüter der **investitionsbedingte Gewinnfreibetrag** möglich. Für **hochwasserbedingt** aus dem Betriebsvermögen **ausgeschiedene Wirtschaftsgüter** kommt es zu **keiner Nachversteuerung** im Rahmen des Investitionsfreibetrags oder investitionsbedingten Gewinnfreibetrags, wenn die Mindestbeholdauer von 4 Jahren noch nicht erfüllt war (**keine Nachversteuerung bei Ausscheiden infolge höherer Gewalt**). Bei Einkünften aus **Waldnutzungen** in Folge des Hochwassers bestehen überdies Sonderregelungen, welche Erleichterungen mit sich bringen.

Außergewöhnliche Belastungen i.Z.m. Hochwasserschäden

Kosten, welche bei der **Beseitigung von Katastrophenschäden** anfallen, sind als **außergewöhnliche Belastung** (ohne Selbstbehalt) **steuerlich abzugsfähig**, sofern sie **zwangsläufig** erwachsen. Zu beachten ist der BMF-Info folgend allerdings, dass die **eigene Arbeitsleistung** mangels eines Kostenaufwands steuerlich **nicht berücksichtigt** werden kann. Ähnliches gilt für **Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln** wie z.B. aus dem Katastrophenfonds.

Für die steuerliche Geltendmachung von Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung wird vorausgesetzt, dass dem zuständigen **Finanzamt** die von der Gemeindekommission über die **Schadenserhebung** aufgenommenen **Niederschriften** vorgelegt werden. Außerdem sind die **Kosten selbst durch Rechnungen nachzuweisen**. Die BMF-Info setzt sich überdies mit der **praktischen Handhabung** der Absetzbarkeit von Ersatzbeschaffungen als außergewöhnliche Belastung auseinander. Bei **Wohnungen** etwa sind die **Ersatzbeschaffungskosten für den Hauptwohnsitz** (im Sinne einer Wohneinheit vergleichbarer Nutzungsmöglichkeiten) in **voller Höhe als außergewöhnliche Belastung absetzbar**. Dies gilt jedoch nicht für Zweit- oder weitere Wohnsitze, Gartenhäuschen usw. Ebenso steuerlich **abgesetzt** werden können die **Mietkosten für ein Überbrückungsquartier**. Wird zur Finanzierung der steuerlich abzugsfähigen Kosten ein **Darlehen** aufgenommen, so sind die auf diese Kosten entfallenden **Darlehensrückzahlungen samt Zinsen** als **außergewöhnliche Belastung** abzugsfähig.

Befreiung von Gebühren und Bundesverwaltungsabgaben

Gebührenbefreit sind die notwendige **Ersatzausstellung** von **gebührenpflichtigen Schriften** wie z.B. **Reisepass, Führerschein, Zulassungsschein, Gewerbeschein** und auch die i.Z.m. der Schadensfeststellung, **Schadensabwicklung** und Schadensbereinigung ausgestellten oder **vorgelegten Schriften** (wie etwa Baubewilligungen oder **Zulassungen von Pkw**). Notwendig für diese Begünstigung ist, dass der Antrag und der **Schadensnachweis innerhalb eines Jahres** ab Schadenseintritt bei entsprechender Stelle einlangt. **Amtshandlungen**, die durch Katastrophenschäden wie z.B. Hochwasser veranlasst worden sind, sind **von den Bundesverwaltungsabgaben befreit**.

Keine Festsetzung der Grunderwerbsteuer

Im Falle eines **durch höhere Gewalt ausgelösten Notstands**, wie z.B. im Falle einer Hochwasserkatastrophe, kann die Abgabenbehörde beim **Kauf eines Ersatzgrundstücks** ganz oder teilweise von der **Festsetzung der Grunderwerbsteuer Abstand nehmen**. Für die Inanspruchnahme dieser Begünstigung müssen mehrere **Voraussetzungen** erfüllt sein, wie etwa, dass **innen 4 Jahren** ab der Ersatzbeschaffung der **Wohnsitz** an diesen Ort **verlegt** wird.

2.7 Österreichweiter „Reparaturbonus 2.0“

Seit Ende September 2023 kann **österreichweit** der **Reparaturbonus** wieder in Anspruch genommen werden – wenngleich mit ein paar Änderungen zur Erstversion der Förderung. Nunmehr sind verstärkte **Sicherheitsvorkehrungen** getroffen worden, nachdem es in der Vergangenheit mitunter zu **Betrugsfällen** gekommen ist. Die größte Änderung besteht folglich darin, dass die **Förderung** nunmehr direkt an die **Kundinnen und Kunden ausbezahlt** wird, anstelle über die Reparaturbetriebe abgewickelt zu werden.

Gefördert wird die **Reparatur von Haushaltselektrogeräten** wie z.B. Smartphones, Waschmaschinen, Geschirrspüler und Kaffeemaschinen. Dabei handelt es sich um Geräte, die mit einem Netzkabel, einem Akku, einer Batterie oder einem Solarmodul betrieben werden. **Ausgeschlossen** vom Reparaturbonus sind hingegen z.B. ein Gasherd, Benzinrasenmäher, Notstromaggregat, eine Photovoltaikanlage, Windturbine usw. **Zielsetzung** der Förderung ist, durch die Reparatur die **Lebensdauer der Geräte zu verlängern**, um Ressourcen zu sparen und **Elektroschrott zu vermeiden**. Die Fördermittel stammen aus EU-Fonds und die **Förderung (50 % der Instandsetzungskosten, maximal 200 € pro Gerät)** soll ca. nach 4 bis 6 Wochen auf dem Konto des Antragstellers eingehen.

Technisch funktioniert der Reparaturbonus so, dass die **Reparatur vom Kunden vorfinanziert** werden muss – bei der Beantragung muss auch eine Kontonummer für die spätere Überweisung des Reparaturbonus angegeben werden. Der **Reparaturbetrieb** reicht die **Rechnung** bei der Kommunkredit Public Consulting (**KPC**) ein, die als Förderabwicklungsstelle agiert. Ähnlich wie bei der früheren Förderung muss auf www.reparaturbonus.at vor Instandsetzung des Geräts ein **Reparaturbon** beantragt werden (ähnlich einer Registrierung sind Adress- und Kontaktdaten, Kontonummer etc. anzugeben). Danach kann ein Reparaturbon erstellt werden, welcher **innerhalb von 3 Wochen** bei einem **Partnerbetrieb eingelöst** werden kann. Die insgesamt **2.000 Partnerbetriebe** sind auch unter www.reparaturbonus.at zu finden. Die Reparaturbons können so lange **beantragt** werden, wie Budgetmittel vorhanden sind – **längstens** jedoch bis zum **31. März 2026**. Ein Bon kann pro Reparatur eingelöst werden, danach kann ein weiterer Bon für die Reparatur eines weiteren Elektro- oder Elektronikgerätes genutzt werden usw.

2.8 Vorsteuerabzug bei privaten Photovoltaikanlagen und geplante Umsatzsteuerbefreiung Photovoltaikmodule

Aufgrund der zwischenzeitlich explodierten **Strompreise** boomt auch im **Privatbereich** die **Stromerzeugung mit Photovoltaikanlagen**. Dazu kommt auch ein steigendes Umweltbewusstsein. Die

Anschaffung von Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) ist auch **steuerlich** durchaus **interessant**. Einkommensteuerlich wurde **ab** der Veranlagung **2022** eine **Einkommensteuerbefreiung** für die **Einspeisung von elektrischer Energie aus PV-Anlagen** eingeführt. Diese kommt dann zum Tragen, wenn die **Engpassleistung** der **Anlage maximal 25 Kilowattpeak (kWp)** beträgt und nicht mehr als 12.500 kWh pro Jahr eingespeist wurden. Der **über 12.500 kWh hinausgehende Teil ist steuerpflichtig** und wird in der Regel **Einkünfte aus Gewerbebetrieb** darstellen. Die **Eigennutzung** der erzeugten Energie stellt kein Einkommen dar und ist im Übrigen auch von der **Elektrizitätsabgabe** befreit.

Umsatzsteuerlich wird mit der Einspeisung von elektrischer Energie aus privaten PV-Anlagen in der Regel die **Kleinunternehmergrenze** von **35.000 € netto pro Jahr** nicht überschritten, sodass zwar die **Stromlieferung umsatzsteuerbefreit** ist, jedoch auch grundsätzlich **kein Vorsteuerabzug** zusteht. Es besteht allerdings auch die **Möglichkeit**, auf die **Kleinunternehmerbefreiung** zu verzichten, indem dieser Verzicht dem Finanzamt **schriftlich bekannt gegeben** wird. Sofern mehr als 50 % des produzierten Stroms in das Netz eingespeist werden, kann dann ein **Vorsteuerabzug** geltend gemacht werden und die in Rechnung gestellte **Umsatzsteuer aus den Anschaffungskosten** der PV-Anlage, aber auch aus den **Installations- und Wartungsleistungen zurückgeholt** werden. Der Verzicht auf die Kleinunternehmerbefreiung führt dazu, dass die **Stromlieferungen an den Energieversorger** der 20%igen **Umsatzsteuer** unterliegen. Es kommt dabei zum **Übergang der Steuerschuld** auf den Leistungsempfänger (Energieversorger).

Ein **Kostenfaktor** für einen selbst wird dann allerdings die **Eigenverbrauchsbesteuerung** auf den privat genutzten Strom. **Bemessungsgrundlage** sind die **Selbstkosten**, die sich aus der **anteiligen Abschreibung** bei einer 20jährigen Abschreibungsdauer ergeben. Die **Kosten des umsatzsteuerlichen Eigenverbrauchs** sind aber im Vergleich zum Vorsteuerabzug anlässlich der Anschaffung vergleichsweise **sehr gering**, sodass dies **üblicherweise im Privatbereich die steuerlich optimale Vorgehensweise** ist. Genauer durchrechnen sollte man sich das auch, wenn es sonst **noch weitere Umsätze gibt**, die unter der Kleinunternehmerregelung **umsatzsteuerfrei** behandelt werden (z.B. steuerbefreite Vermietungsumsätze oder geringe nebenberufliche Einkünfte). Bei **Verzicht** auf die **Kleinunternehmerregelung** anlässlich der Anschaffung einer PV-Anlage **verlieren** nämlich dann auch derartige **Umsätze ihre Steuerbefreiung**.

Im Rahmen des **Budgetbegleitgesetzes 2024** ist überdies die **Umsatzsteuerbefreiung** für **Photovoltaikmodule** geplant. So soll für **Lieferungen**, innerschäftliche Erwerbe, Einfuhren sowie **Installationen** von Photovoltaikmodulen unter bestimmten Voraussetzungen der **Umsatzsteuersatz auf 0 % sinken** (für den Zeitraum nach dem 31.12.2023 und vor dem 1.1.2026). Maßgebende Voraussetzung ist, dass die Lieferung oder Installation usw. **durch den Betreiber** erfolgt bzw. direkt gegenüber dem Betreiber erbracht wird (eine bloße Nachrüstung des Speichers soll hingegen jedoch nicht umsatzsteuerlich begünstigt sein). Eine weitere Bedingung besteht darin, dass die **Engpassleistung nicht mehr als 35 Kilowattpeak (kWp)** betragen darf. **Räumlich** betrachtet (und bezogen auf natürliche Personen) muss die Anlage auf oder **in der Nähe von Gebäuden**, welche zu **Wohnzwecken** dienen, betrieben werden. Nähe soll dabei insbesondere auf dem betreffenden Grundstück (gilt auch für auf Garagen, Schuppen oder Zäunen installierte Anlagen) bedeuten. Dies gilt auch bei einem räumlichen Nutzungszusammenhang zwischen Grundstück und Anlage.

3 Fokus Unternehmer

3.1 Für den Gruppenantrag müssen die amtlichen Formulare verwendet werden

Für die **Aufnahme eines Gruppenmitglieds** in die steuerliche **Unternehmensgruppe** wird § 9 KStG folgend vorausgesetzt, dass der **Gruppenantrag** nachweislich **vor Ablauf jenes Wirtschaftsjahres jeder einzubeziehenden inländischen Körperschaft unterfertigt** wird, für das die Zurechnung des steuerlich maßgebenden Ergebnisses erstmals wirksam sein soll.



Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7102169/2022 vom 3. Februar 2023) mit einem Sachverhalt auseinandersetzen, in dem die **Gruppenträgerin am 23.12.2021 einen formlosen Antrag** auf Bildung einer Steuergruppe (alle beteiligten Kapitalgesellschaften haben den 31. Dezember als Bilanzstichtag) gem. § 9 KStG **via FinanzOnline eingebracht** hat – **mittels „Sonstige Anträge“**, da in FinanzOnline keine eigene Eingabemaske für einen Gruppenantrag vorgesehen ist. Seitens des **Finanzamts** wurde daraufhin mit einem **Mängelbehebungsauftrag** reagiert – im Endeffekt war dieser jedoch für das Unternehmen **nicht erfolgsversprechend**, da trotz Unterzeichnung des Gruppenantrags im Februar 2022 und Übermittlung an das Finanzamt via Einschreiben eine **Gruppenbildung für das Jahr 2021 nicht mehr möglich** war. Die **Unterfertigung des Gruppenantrags vor Ablauf des einzubeziehenden Wirtschaftsjahres** ist nämlich eine **materielle Voraussetzung**. Eine **verspätete Unterzeichnung** der Formulare ist daher **kein sanierbarer Mangel**.

Das **BFG** betonte in seiner Entscheidung, dass der **Antrag auf Bildung einer Unternehmensgruppe** die **Verwendung amtlicher Formulare voraussetzt**. Die amtlichen **Formulare** für den Gruppenantrag G1, G2 und G4 können **nicht online ausgefüllt** und übermittelt werden – sie stehen **nur in Papierform** zur Verfügung. Daher müssen diese **Formulare ausgedruckt** und im **Original unterzeichnet eingereicht** werden. Die Übermittlung der Formulare als „Sonstiger Antrag“ in FinanzOnline ist wirkungslos. Laut BFG hätte im vorliegenden Fall das Finanzamt auch gar keinen Mängelbehebungsauftrag erlassen dürfen, da der Mangel (der verspäteten Unterzeichnung) gar nicht mehr hätte behoben werden können.

Für die **Praxis** bedeutet dies, dass **amtliche Formulare** wie etwa der **Gruppenantrag** mit einer **Originalunterschrift** (eingeschrieben) **per Post zu übersenden** oder **persönlich** beim zuständigen Finanzamt **abzugeben** sind. Hingegen ist die **Übermittlung via FinanzOnline als sonstiges Anbringen** laut BFG ein **rechtliches „Nichts“**. Einer als **Reaktion des BMF** auf das BFG-Judikat Ende März 2023 veröffentlichten Information soll es **ebenso möglich** sein, **Formulare** mittels der Funktion „**Sonstiges Anbringen**“ **hochzuladen**, wenn die **Formulare mittels qualifizierter elektronischer Signatur unterfertigt** wurden.

3.2 Umgründungen und Gruppenbesteuerung: Kein zeitlicher Unterschied zwischen Ablauf des Verschmelzungstichtags und dem folgenden Tag

In aller Regel wird der **Bilanzstichtag** als Tag der **Umgründung** gewählt. Ursache dafür sind meist praktische Überlegungen, weil der ohnehin verpflichtend aufzustellende Jahresabschluss dann gleichzeitig als **Umgründungsbilanz** herangezogen werden kann und **kein Zwischenabschluss** erforderlich ist. In den meisten Fällen ist der Bilanzstichtag der 31.12. Diese oftmals zu beobachtende Konstellation kann **bei steuerlichen Unternehmensgruppen und Umgründungen** zwischen einem bereits der Gruppe zugehörigen Mitglied und einer noch nicht in die Gruppenbesteuerung einbezogenen Konzerngesellschaft eine Rolle spielen.

Der **VwGH** (Ro 2022/15/0032 vom 19.10.2022) hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, ob es für die Fortführung einer steuerlichen Unternehmensgruppe bei einer **Verschmelzung** ausreichend ist, wenn die **übernehmende Gesellschaft** erst mit dem Verschmelzungstichtag folgenden Tag **Teil der Unternehmensgruppe wird**. Im konkreten Fall ging es um die **Verschmelzung zweier Schwesterngesellschaften**. Die übertragende Gesellschaft war seit weniger als drei Jahren Teil einer steuerlichen Unternehmensgruppe, die **übernehmende Gesellschaft** war hingegen am **Verschmelzungstichtag noch nicht Teil der steuerlichen Unternehmensgruppe**. Als Verschmelzungstichtag wurde der 31.12. gewählt und die übernehmende Gesellschaft wurde mit 1.1. in die steuerliche Unternehmensgruppe aufgenommen.

Die **Finanzverwaltung** argumentierte, dass es zu einer **Rückabwicklung der Gruppenbesteuerung** bei der übertragenden Gesellschaft kommt, weil diese innerhalb der dreijährigen Mindestbestandsdauer auf eine zum Zeitpunkt der Verschmelzung **gruppenfremde Gesellschaft verschmolzen** wurde. Der Ausnahmetatbestand der Vermögensübertragung innerhalb einer (steuerlichen) Unternehmensgruppe war nach Auffassung der Finanzverwaltung nicht erfüllt, weil die **Verschmelzung am 31.12. vollzogen** worden ist und die **übernehmende Gesellschaft** zu diesem Tag **noch kein Gruppenmitglied gewesen** ist, sondern erst am 1.1. der Gruppe beigetreten ist. Etwas zugespitzt formuliert lautet die Frage, ob es einen relevanten **Unterschied zwischen dem 31.12. 24:00 Uhr und dem 1.1. um 00:00 Uhr** gibt.

Für den **VwGH** ist der bei Umgründungen vorgesehene **Vermögensübergang** mit **Ablauf des Verschmelzungstichtags gleichzusetzen mit dem 1.1. um 00:00 Uhr**. Da zu diesem Zeitpunkt auch die übernehmende Gesellschaft in die Gruppe aufgenommen wurde, hat eine **Vermögensübertragung innerhalb der Gruppe** stattgefunden. Es liegt eine sogenannte **nahtlose Gruppenzugehörigkeit** vor. Dieser Umstand ist ausreichend für die Fortführung der Unternehmensgruppe.

Nicht übersehen werden sollte: Eine **notwendige Voraussetzung** für die zuvor dargestellte Fortführung ist, dass auch die übernehmende Gesellschaft bereits eine **ausreichend finanzielle Verbindung** mit dem Gruppenträger hatte. Würde eine finanzielle Verbindung erst durch die Verschmelzung rückwirkend entstehen, wäre der nahtlose Übergang nicht gegeben. Insgesamt ist die Entscheidung des VwGH sehr zu begrüßen, weil anderenfalls **Umgründungsvorgänge** unnötig **verkompliziert** würden.

3.3 Der Verlust eines Schriftstücks führt – Sorgfalt vorausgesetzt – regelmäßig nicht zum Rechtsnachteil

Im gegenständlichen Fall des **VwGH** (GZ Ra 2022/13/0035 vom 20.10.2022) wurden einem Unternehmen **zwei Bescheide** zugestellt. Gegen beide Bescheide wurde jeweils fristgerecht Beschwerde erhoben. Jedoch **stellte sich** im Rahmen der Ladung zur mündlichen Verhandlung über den einen Bescheid **heraus**, dass die **Beschwerde** über den anderen Bescheid **niemals bei der Behörde eingelangt** ist. Eine Sendungsnachverfolgung war aufgrund des verstrichenen Zeitraums nicht mehr möglich. Somit wurde vom Finanzamt **angenommen**, dass das Schriftstück am Postweg verloren gegangen ist und die **Beschwerdefrist** gegen diesen Bescheid **ungenützt abgelaufen** ist.

Das Unternehmen stellte **binnen drei Monaten nach Kenntnisnahme** über den Verlust der Beschwerde einen **Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand**. Ein solcher Antrag ist möglich, wenn eine Partei aufgrund eines **Irrtums** eine Frist versäumt und sie dadurch einen **Rechtsnachteil erleidet**. Hierfür darf jedoch die mögliche Aufklärung des Irrtums **nicht durch auffallende Sorglosigkeit unterblieben** sein. Ein solcher **Antrag auf Wiedereinsetzung** muss **binnen drei Monaten** ab dem Zeitpunkt, in welchem die Partei oder deren Vertreter bei pflichtgemäßer Aufmerksamkeit den Irrtum erkennen konnten, **eingebracht werden**.

Strittig war nun, **ab wann die dreimonatige Frist** für die Einbringung des Antrags auf Wiedereinsetzung **zu laufen begonnen hat**. Die Finanzbehörde und das Bundesfinanzgericht waren der Ansicht, dass diese Frist bereits abgelaufen war. Für das **Unternehmen** sei nämlich bereits **deutlich früher** aus Amtshandlungen im Verfahren gegen den anderen Bescheid (dessen Beschwerde nicht verloren ging!) **erkennbar gewesen**, dass die **gegenständliche Beschwerde nicht eingelangt** war. Aus diesem Grund wäre die dreimonatige Wiedereinsetzungsfrist bereits verstrichen.

Der **VwGH** führte in seiner Entscheidung aus, dass der **Verlust einer Sendung auf dem Postweg** ein **unvorhergesehenes** und **unabwendbares Ereignis** ist, das zur **Wiedereinsetzung** in den vorigen Stand **berechtigt**. Dabei kann man davon ausgehen, dass dies beim **Verlust** eines **nicht eingeschriebenen Briefes auch der Fall** ist, da mit dem **Einlangen** des Schriftstückes bei der Behörde **gerechnet werden kann**. Der VwGH betonte auch, dass es nicht notwendig ist, grundsätzlich immer zu überprüfen, ob ein Schreiben bei der Behörde eingelangt ist.

Ob im konkreten Fall der Irrtum über den Verlust des Schriftstücks zu einem früheren Zeitpunkt (vor Bekanntwerden durch die Ladung zur mündlichen Verhandlung) zumutbar erkennbar war, wurde im bisherigen Verfahren nicht hinreichend festgestellt. Ebenso hatte sich das BFG nicht ausreichend damit auseinandergesetzt, **ob** das **Unternehmen auffallend sorglos war** und nur aus diesem Grund den Irrtum nicht aufgeklärt hat. Nach Ansicht des **VwGH** ist der **Antrag auf Wiedereinsetzung** durch das Unternehmen somit **fristgerecht eingebracht** worden.

Aus der **Praxis** betrachtet mag es auf den ersten Blick erfreulich sein, dass der Steuerpflichtige keinen Nachteil erleiden soll, wenn auf dem Postweg Schriftstücke verloren gehen. Jedoch kann die Frage, wann der **Irrtum erkennbar** war, nur einzelfallbezogen beantwortet werden – dies gilt auch hinsichtlich relevanter Fristen beim Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Ebenso kann der **Beweis**, dass **kein auffallend sorgloses Verhalten** vorliegt, mitunter **schwierig** sein. Wichtige Schrift-

stücke – wie etwa eine Beschwerde – können persönlich beim Finanzamt eingebracht werden oder oftmals auch über FinanzOnline (bzw. per Fax), um einen Verlust auf dem Postweg zu vermeiden.

3.4 BFG zur steuerlichen Anerkennung eines häuslichen Arbeitszimmers

Die Anforderungen an die **steuerliche Anerkennung eines häuslichen Arbeitszimmers** sind naturgemäß **streng**. So dürfen Aufwendungen oder Ausgaben für ein im Wohnungsverband gelegenes Arbeitszimmer und dessen Einrichtung **nicht abgezogen werden, außer** ein im Wohnungsverband gelegenes Arbeitszimmer bildet den **Mittelpunkt der gesamten betrieblichen Tätigkeit** des Steuerpflichtigen. Für die steuerliche Anerkennung ist überdies erforderlich, dass der zum Arbeitszimmer bestimmte **Raum tatsächlich ausschließlich oder nahezu ausschließlich betrieblich** genutzt und auch entsprechend eingerichtet ist. Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7102468/2021 vom 2.12.2022) mit der Frage auseinanderzusetzen, ob die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer **trotz parallel bestehenden Büros** steuerlich abzugsfähig sein können.

Der Ausgangssachverhalt war, dass eine Steuerpflichtige **selbständig** tätig war und in ihrem **häuslichen Büro**, in ihrer **Praxis** an einem anderen Ort und im **Büro des Hauptauftraggebers** die Mitarbeiter ihres Hauptauftraggebers arbeitspsychologisch betreute. Darüber hinaus wurden Workshops abgehalten und Gesundheitsmodule angeboten. Bedeutsam war dabei, dass für die unmittelbaren **Gespräche** im Rahmen der **arbeitspsychologischen Betreuung Büroräumlichkeiten des Auftraggebers** zur Verfügung gestellt wurden. Die **Vor- und Nachbereitung von Gesprächen** und Workshops, die Ausarbeitung von Protokollen für den Arbeitgeber sowie die telefonische Beratung der Mitarbeiter des Hauptauftraggebers (vertraglich war eine 24h-Erreichbarkeit vereinbart) finden im **häuslichen Arbeitszimmer** statt. Zeitlich betrachtet wurden pro Monat für die arbeitspsychologische Betreuung ungefähr 60 Stunden verrechnet, wobei die **Vor- und Nachbereitung im häuslichen Büro nochmals so viel Zeit** in Anspruch nahm.

Das **BFG** erkannte die **Aufwendungen** für das häusliche Arbeitszimmer als **steuerliche Betriebsausgabe** an. Entscheidend dafür ist, dass die **Tätigkeit der Steuerpflichtigen** nicht nur in dem **Gespräch** mit den **Mitarbeitern** des Hauptauftraggebers und in der Durchführung von Workshops besteht, sondern auch die **Vor- und Nachbereitung und Berichterstattung** wesentlich im **Interesse des Auftraggebers** stehen. Die Notwendigkeit, diese vor- und nachgelagerten Tätigkeiten in einem Büroumfeld zu tätigen, schien für das BFG als erwiesen und somit konnte das **häusliche Arbeitszimmer** auch als der **Mittelpunkt der gesamten betrieblichen Tätigkeit** der Steuerpflichtigen gesehen werden. Hingegen hatte das Finanzamt den **Mittelpunkt** und Schwerpunkt der Tätigkeit der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit in dem von dem **Auftraggeber** zur Verfügung gestellten **Büro** gesehen.

VwGH-Rechtsprechung folgend ist der **Mittelpunkt einer Tätigkeit** nach ihrem **materiellen Schwerpunkt zu beurteilen**, somit nach dem **typischen Berufsbild**. Es ist bei der Beurteilung des Mittelpunkts der Tätigkeit auf eine **Gesamtbetrachtung** der **betrieblichen** bzw. **beruflichen Tätigkeit** abzustellen. Für die **Anerkennung des häuslichen Arbeitszimmers** im vorliegenden Fall spricht auch, dass zwar vom **Hauptauftraggeber** ein **Büro** zur Verfügung gestellt wurde, dieses aber **nur zur**

unmittelbaren Gesprächsführung und gerade **nicht für Verwaltungsaufgaben genutzt werden durfte**. Somit wird klar, dass vom **materiellen Kern her die Tätigkeit im häuslichen Büro überwogen** hat (vor allem aufgrund von Vor- und Nachbereitungstätigkeiten und Verwaltungstätigkeiten). Auch in **zeitlicher Hinsicht** hat die Betätigung **im häuslichen Arbeitszimmer** gegenüber der Auswärtstätigkeit **überwogen**, sodass alle auf das Arbeitszimmer entfallenden Aufwendungen und Ausgaben einschließlich der Einrichtungskosten als Betriebsausgaben abzugsfähig sind.

3.5 Ende der Steuerschuld kraft Rechnungslegung bei Umsätzen an Endverbraucher?

Der **EuGH** hatte im Jahre 2022 einen Fall aus Österreich zu beurteilen (Rs C-378/21, **P-GmbH** vom 08.12.2022), bei dem es um einen **Betreiber eines Indoor-Spielplatzes** ging. Im Jahr 2019 unterwarf der Betreiber, die P-GmbH, die Eintrittsgelder **irrtümlich** dem **Normalsteuersatz** von 20 % anstatt den **ermäßigten Steuersatz** von 13 % anzuwenden. Auf den **Registrierkassenbelegen** wurden 20 % Umsatzsteuer ausgewiesen und diese **Steuer** wurde auch an das Finanzamt **bezahlt**. Als die P-GmbH diesen Fehler erkannte, forderte sie vom Finanzamt die zu viel bezahlte Umsatzsteuer (7 %) zurück. Das **Finanzamt** hatte die **Rückzahlung verweigert**, da es der Ansicht war, dass durch die Registrierkassenbelege eine **Steuerschuld kraft Rechnungslegung** entstanden ist.

Steuerschuld kraft Rechnungslegung liegt immer dann vor, wenn ein Unternehmer eine Lieferung oder sonstige Leistung erbracht hat und **in der Rechnung einen Steuerbetrag gesondert ausweist**, den er aber eigentlich **nicht schuldet** (wie im oben beschriebenen Fall hätte auf den Belegen ein Steuersatz von 13 % ausgewiesen werden sollen, irrtümlich wurden 20 % USt verrechnet). Der Unternehmer kann diesen **Fehler** aber wieder **korrigieren**, indem er zu einem späteren Zeitpunkt die **falsch ausgestellten Rechnungen** entsprechend **berichtigt**. Die Steuer führt dann im Monat der Berichtigung zu einer **Gutschrift**.

Im Fall, den der EuGH zu beurteilen hatte, bestand nun das Problem darin, dass die P-GmbH als Indoor-Spielplatzbetreiberin **nicht feststellen konnte, wer die Kunden waren** und somit eine **Rechnungskorrektur unmöglich** war. Die P-GmbH argumentierte, dass es in ihrem Fall zu **keiner Gefährdung des Steueraufkommens** kommen kann, da die **Leistungsempfänger** ausschließlich nicht zum Vorsteuerabzug berechnigte **Endverbraucher** seien. Der **EuGH entschied**, dass in diesem Fall **keine Steuerschuld kraft Rechnungslegung vorliegt**. Das Ziel dieses Konzepts sei es, das Steueraufkommen nicht zu gefährden. Da die **Leistungsempfänger ausschließlich Endverbraucher** sind, die keinen Vorsteuerabzug geltend machen können, liegt diese Gefahr nicht vor.

Diese Gerichtsentscheidung wurde durch das **Abgabenänderungsgesetz 2023** in das österreichische Recht **übernommen**. Nun liegt eine **Steuerschuld kraft Rechnungslegung nicht mehr vor**, wenn **keine Gefährdung des Steueraufkommens** besteht, weil die **Lieferung oder sonstige Leistung ausschließlich** an nicht zum Vorsteuerabzug berechnigte **Endverbraucher** erbracht wurde. **Fraglich** ist, wie eng diese Bestimmung von der Finanzverwaltung auszulegen ist, da der Begriff „**ausschließlich an Endverbraucher**“ verwendet wurde. Wird dieser Begriff **eng ausgelegt**, so führt diese Gesetzesänderung in der **Praxis wohl kaum zur erhofften Vereinfachung** und Entlastung von Unternehmern.

3.6 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland

Voraussetzung für den **Vorsteuerabzug** ist, dass die Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers ausgeführt wurde und eine **ordnungsgemäße Rechnung** im Sinne des § 11 UStG vorliegt. Damit die auf einer **Eingangsrechnung** ausgewiesene Umsatzsteuer als **Vorsteuer** abzugsfähig ist, muss die Rechnung daher folgende Angaben enthalten:

Eingangsrechnung: Rechnungen von Ihren Lieferanten. **Ausgangsrechnung:** Rechnungen an Ihre Kunden (=Leistungsempfänger). Die Ausfertigung der Rechnungen unterliegt bestimmten **Formal-erfordernissen**. Nachfolgende Angaben sind beim Rechnungsempfänger Voraussetzung für den Vorsteuerabzug!

Eine Rechnung **über 400 €** (inkl. USt) hat gemäß §11 UStG folgende Punkte zu beinhalten:

1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmers.
2. Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung.
3. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag **10.000 € übersteigt**, ist die UID-Nummer des Leistungsempfängers anzugeben, wenn der leistende Unternehmer im Inland einen Wohnsitz/Sitz hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt/eine Betriebsstätte hat UND der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird.
4. Die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung.
5. Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung bzw. den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt.
6. Das Entgelt für die Lieferung/die sonstige Leistung und den anzuwendenden Steuersatz; im Fall einer Steuerbefreiung hat die Rechnung einen Hinweis zu enthalten, dass für diese Lieferung/sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.
7. Den auf das Entgelt entfallenden Umsatzsteuerbetrag in EUR (ggf. Umrechnungskurs mit Kurs des BMF bzw. EZB Kurs).
8. Das Ausstellungsdatum (bei Bargeschäften genügt der Hinweis: Lieferdatum=Rechnungsdatum; eines der beiden Daten muss jedoch tatsächlich mit dem Hinweis angegeben sein).
9. Fortlaufende Rechnungsnummer.
10. **UID-Nummer** des Unternehmers, sofern er im Inland Lieferungen/sonstige Leistungen erbringt, für die Recht auf Vorsteuerabzug besteht.

Bei Rechnungen, deren **Gesamtbetrag 400 €** (inkl. USt) **nicht** übersteigt, genügen folgende Angaben:

- » Ausstellungsdatum,
- » Name und Anschrift des liefernden/leistenden Unternehmers,
- » Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände/Art und Umfang der sonstigen Leistung,
- » Tag der Lieferung/der sonstigen Leistung/Zeitraum, über den sich die Leistung erstreckt,
- » Entgelt und der Steuerbetrag,
- » Steuersatz.

Weiters ist darauf zu achten, dass Eingangsrechnungen, die Sie als Unternehmer erhalten, ebenfalls diese Rechnungsbestandteile enthalten. Nur dann berechtigen sie zu einem Vorsteuerabzug. **Fehlerhafte Rechnungen** bzw. Rechnungen, die den USt-Vorschriften nicht entsprechen, müssen vom Lieferanten **korrigiert** werden.

Rechnung

Kundennummer: 999999
Belegnummer: 1234/2023
Ihre UID-Nummer: ATU 987654321

Belegdatum: 09.07.2023
Fälligkeit: prompt

Lieferdatum: 06.07.2023

Zahlungsart: Einziehung

Tel: +43 (0) 123456789
Fax: +43 (0) 12345678900
E-mail: info@musterleistung.at

Max Muster GmbH
 Hauptstrasse 21/14
 2020 Hollabrunn

Vertragspartner:

Max Muster GmbH
 Hauptstrasse 21/14
 2020 Hollabrunn

	Menge	Betrag in € exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in € inkl. USt.
Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59
Produkt2	1	10,00	20%	2,00	12,00
Summen		27,99		5,60	33,59

Unsere Kontodaten: IBAN: AT512976583000156823, BIC: AUAGTWXX

Bei Bankeinzug bitte nicht einzahlen.
 Einwände gegen diese Rechnung sind bis spätestens 4 Wochen nach Rechnungserhalt schriftlich möglich, ansonsten gilt sie als anerkannt.
 Zahlung: Prompt bei Erhalt der Rechnung, 12% p. a. Verzugszinsen.

Bei Fragen zu dieser Rechnung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: Mo-Fr, 08-17 Uhr

Dienstleistung Muster GmbH
 Rathausplatz 5, 2000 Stockerau

FN 123123a, Landesgericht Korneuburg,
 Firmensitz: Stockerau
 UID-NR. ATU12345678
 DVR-Nr: 12346567

Fokus Unternehmer

4 Fokus Arbeitnehmer

4.1 VwGH zur Steuerpflicht einer Kaufpreisrente im Scheidungsvergleich

Im Zuge einer **einvernehmlichen Ehescheidung** hatten zwei Eheleute eine Vereinbarung über die **Unterhaltspflichten** und die Aufteilung des Vermögens getroffen. Eine gemeinsam als Wertanlage gekaufte **Immobilie** sollte in das **Alleineigentum** der **Frau** übergehen, wobei die Frau eine **monatliche Leibrente zu zahlen** hatte. Wird eine **Liegenschaft** mittels **Rente übertragen**, die als **angemessen** gilt, liegt eine **steuerlich beachtliche Gegenleistungsrente** vor. Wird hingegen eine Rente gezahlt, die **nicht als angemessene Gegenleistung** qualifiziert werden kann, muss von einer **freiwilligen Zuwendung** bzw. einer **Unterhaltsrente** ausgegangen werden, welche **steuerlich nicht relevant** ist. **Üblicherweise** sind Aufteilungen im Scheidungsvergleich als **unentgeltlich** einzustufen, da Zahlungen ausschließlich oder überwiegend mit der früheren familiären Beziehung bzw. deren vermögensrechtlichen Abwicklung in Zusammenhang stehen.

Im konkreten Fall (**VwGH Ra 2022/13/0103 vom 28.6.2023**) hatte sich die **Rentenzahlung der Frau** jedoch **exakt** an der **Hälfte des Immobilienwerts** bemessen. Zudem wurde auch ein **versicherungsmathematisches Gutachten** über den **Barwert** der **Rentenverpflichtung** eingeholt. Die Frau machte in dem Jahr, in dem die Zahlungen erstmals den **kapitalisierten Wert der Rentenverpflichtung überstiegen**, die Zahlungen als **Sonderausgaben** bzw. **Werbungskosten** geltend. Der **VwGH** hielt fest, dass sich **Ausgleichszahlungen** nach dem **Ehegesetz** i.d.R. nicht nach Leistung und Gegenleistung bemessen, sondern der **familiären Sphäre zuzuordnen** sind. Sofern die Aufteilung nach § 83 Ehegesetz erfolgt, liegt **keine Veräußerung oder Anschaffung** vor. Solche Ausgleichszahlungen unter Ehegatten werden **regelmäßig nicht** als **exakte Gegenleistung** festgelegt, da die **Aufteilung nach Billigkeit**, wie insbesondere auch in Form von Unterhaltsleistungen, Mitwirkung im Erwerb und Führung des gemeinsamen Haushalts, Pflege und Erziehung der Kinder erfolgt. Da jedoch im konkreten Fall mittels versicherungsmathematischen Gutachtens die Höhe der Rente (**Barwert der Kaufpreisrente**) dem **Wert des halben Hauses exakt** gegenübergestellt wurde, kann aufgrund des Sachverhalts **nicht davon ausgegangen** werden, dass die **Aufteilung** bzw. die **Zahlungen** aus **familiär bedingten Gründen** heraus **bemessen** wurden.

Da im Sachverhalt der **Austausch von Leistung und Gegenleistung** im Vordergrund stand, wurde die **Rente** vom VwGH somit als **steuerlich relevante Kaufpreisrente** subsumiert. Wichtig war in diesem Zusammenhang die fremdüblich und kaufmännisch kalkulierte **Ausgleichszahlung**. Der VwGH betonte dabei, dass die Entscheidung anders gelautet hätte, wenn die Rentenzahlung auch Unterhaltsansprüche des Mannes abgegolten hätte. **Steuerlich** war also von einer **beachtlichen entgeltlichen Kaufpreisrente** auszugehen. Die frühere **Ehegattin** konnte somit die **Rentenzahlungen** einkommensteuerlich als **Sonderausgaben** nach § 18 Abs. 1 Z 1 EStG bzw. als **Werbungskosten** gemäß § 16 Abs. 1 Z 1 EStG **absetzen**, sobald die Summe der Zahlungen die **Gegenleistung** (den kapitalisierten Wert der wiederkehrenden Bezüge) **überstiegen** hatte. Beim ehemaligen **Ehegatten** hingegen lag vice versa ein **Veräußerungstatbestand** vor. Somit wäre dem Regime der **Immobilienvertragssteuer** folgend bei **Neuvermögen** eine **steuerpflichtige Grundstücksveräußerung** anzunehmen,

für die **wegen der laufenden Rentenzahlung** nach § 30a Abs. 4 EStG der **besondere Steuersatz von 30 % nicht zur Anwendung** kommen kann. Somit wäre die **Veräußerung** mit dem **Tarif zu versteuern**, sobald die eingenommenen Zahlungen die auf den Ehegatten entfallenden Anschaffungs- und Herstellungskosten für die Immobilie **überstiegen haben**.

4.2 Anwaltskosten in einem Scheidungsverfahren sind keine außergewöhnliche Belastung

Der **Verwaltungsgerichtshof** hatte sich (GZ Ra 2020/13/0047 vom 22.6.2022) mit einem Fall auseinandersetzen, in dem ein Steuerpflichtiger **Anwaltskosten** i.Z.m. einer durch seine Ehegattin eingebrachten unberechtigten **Scheidungsklage** als **außergewöhnliche Belastung steuerlich absetzen** wollte. Für die Geltendmachung von Kosten bzw. Ausgaben als **außergewöhnliche Belastung** müssen die Kriterien der **Außergewöhnlichkeit** und der **Zwangsläufigkeit** erfüllt sein. Überdies muss die Belastung die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** des Steuerpflichtigen **wesentlich beeinträchtigen**.

Die Einbeziehung anwaltlichen Beistands ist aus dem zugrundeliegenden Sachverhalt durchaus verständlich. So hatte der Steuerpflichtige aus einem anwaltlichen Schreiben erfahren, dass sich seine Ehegattin von ihm scheiden lassen wolle. Konkret hatte sie **Scheidungsklage** eingebracht und eine durch ihren **Ehemann** allein **verschuldete Scheidung** angestrebt. Erst durch Aufzeigen einer **eigenen Eheverfehlung** konnte die Ehegattin zu einer **einvernehmlichen Scheidung** bewogen werden.

Das **Bundesfinanzgericht** als Vorinstanz beschäftigte sich mit dem Merkmal der **Zwangsläufigkeit** und kam zum Ergebnis, dass sich der Steuerpflichtige zwar **nicht freiwillig** auf die **Prozessführung eingelassen** hatte, ihm jedoch **keine Handlungsalternativen offenstanden**, da seine Ehegattin (zumindest anfangs) wenig für eine einvernehmliche Lösung begeistert werden konnte. Daher waren die **Anwaltskosten zwangsläufig erwachsen** und konnten als außergewöhnliche Belastung berücksichtigt werden. Der **VwGH** war jedoch anderer Ansicht und **betonte** schließlich, dass **Prozesskosten im Allgemeinen nicht zwangsläufig erwachsen** und die Zwangsläufigkeit von Prozesskosten stets dann verneint wird, wenn die Prozessführung auf Tatsachen zurückgeht, die vom Steuerpflichtigen **vorsätzlich herbeigeführt** wurden bzw. aus einem **Verhalten** resultieren, zu dem sich der **Steuerpflichtige freiwillig entschlossen** hat. Außerdem sind **selbst** bei **aufgezwungener Prozessführung** die damit verbundenen **Anwaltskosten** grundsätzlich als **nicht zwangsläufig** anzusehen, wenn im geführten Verfahren **keine absolute Anwaltpflicht besteht**. Da bei **Scheidungsstreitigkeiten keine absolute Anwaltpflicht besteht**, konnten die **Prozesskosten** im konkreten Fall **nicht** als **außergewöhnliche Belastung** geltend gemacht werden. Dies wäre – trotz fehlender absoluter Anwaltpflicht – nur dann denkbar, wenn **besondere Gründe** das Einschreiten eines Rechtsanwalts erforderlich gemacht hätten.

4.3 BFG zur Luxustangente bei Elektroautos

Mit dem zunehmenden Interesse an **Elektrofahrzeugen** stellt sich für viele potenzielle Käufer die Frage, wie **E-Autos steuerlich zu behandeln** sind. In Österreich gibt es einige **steuerliche Begünstigungen**, die den Umstieg auf **emissionsfreie Mobilität** fördern sollen.

Schon beim **Kauf** eines E-Autos ergeben sich insbesondere folgende **steuerliche Vorteile**:

- » **NoVA**: Elektroautos sind von der **Normverbrauchsabgabe** (NoVA) und von der **motorbezogenen Versicherungssteuer befreit**.
- » **Vorsteuerabzug**: Für Unternehmen, die Elektroautos mit **Anschaffungskosten** von **unter 40.000 €** kaufen, gibt es die Möglichkeit, die **Vorsteuer in voller Höhe** abzuziehen. Übersteigen die Anschaffungskosten die Angemessenheitsgrenze um mehr als 100 %, d.h. sind sie **höher als 80.000 €**, steht **kein Vorsteuerabzug** zu. Betragen die Anschaffungskosten zwischen 40.000 € und 80.000 €, steht der Vorsteuerabzug nach den allgemeinen Vorschriften ebenfalls uneingeschränkt zu. Der **Vorsteuerabzug** ist allerdings durch eine **Eigenverbrauchsbesteuerung** insoweit zu **neutralisieren**, als die tatsächlichen Anschaffungskosten die angemessenen übersteigen (**Luxustangente**).

In der Einkommensteuer gibt es nach § 20 Abs. 1 Z 2 lit b EStG ein **generelles Abzugsverbot** für **Aufwendungen für Personenkraftwagen**, die unangemessen hoch sind. In der **Pkw-Angemessenheitsverordnung** wird festgelegt, dass Anschaffungen insoweit angemessen sind, als die **Anschaffungskosten inkl. Umsatzsteuer und NoVa 40.000 € nicht übersteigen**. Diese Luxustangente gilt prinzipiell auch für Elektroautos. Die steuerlich zwingende **Nutzungsdauer** von **8 Jahren** ist ebenfalls bei Elektroautos anzuwenden. **Steuerfreie Zuschüsse** der öffentlichen Hand **kürzen** zudem die **Anschaffungskosten**.

In der **Literatur** ist **strittig**, wie die **Pkw-Angemessenheitsverordnung** i.V.m. § 6 Z 11 EStG **auszulegen** ist, wonach die **Vorsteuer**, soweit sie abgezogen werden kann, **nicht** zu den **Anschaffungskosten** zählt. Konkret war strittig, ob bei **Elektrofahrzeugen** mit Vorsteuerabzug die **Luxustangente** von 40.000 € als **Netto- oder Bruttowert** auszulegen ist. Insbesondere das **BMF** vertrat bisher die **Auffassung** in den Einkommensteuerrichtlinien, dass es sich bei der Luxustangente um eine **Bruttogrenze** handelt, wodurch bei einem vorsteuerabzugsberechtigten Pkw höchstens 33.333,33 € abzugsfähig seien.

Das **BFG** hat sich in einer Entscheidung (GZ RV/5101481/2019 vom 28.9.2022) der **Meinung des BMF angeschlossen** und die **Luxustangente als Bruttogrenze** angesehen. Steuerlich angemessen ist somit bei Luxus-Elektrofahrzeugen lt. BFG **maximal eine jährliche AfA i.H.v. 4.166,67 €** (=33.333,33/8). Für die **Stromkosten** bei Elektroautos **gilt die Luxustangente** allerdings **nicht**, da diese weitgehend nicht vom Wert abhängen. Die **Stromkosten** sind somit als **steuerlich voll abzugsfähige Ausgaben** zu qualifizieren.

Zudem war in diesem Urteil **strittig**, ob ein **Gratisstrombezugsrecht**, welches bereits beim Kauf eingeräumt wird, ebenfalls die **Anschaffungskosten kürzt**. Die Firma **Tesla** hatte dem Steuerpflichtigen für die Lebensdauer dieses Fahrzeuges und solange er Erstbesitzer des Fahrzeuges sei, ein **Gratisstrombezugsrecht eingeräumt**. Fraglich war, ob das in der Rechnung nicht explizit ausgewiesene Gratisstrombezugsrecht einen **Wert repräsentiert**, der die **Anschaffungskosten des Pkw reduziert**. In diesem Punkt entschied das **BFG**, dass dem **Gratisstrombezugsrecht** ein **Wert beizumessen** ist, welcher von den **Anschaffungskosten des Pkw abzuziehen** ist. Der Wert dieses Vorteils kann im vorliegenden Fall nur im Schätzungsweg ermittelt werden, wobei von einer vom individuellen Fahrver-

halten unabhängigen **Durchschnittsbetrachtung** auszugehen ist. Abzuwarten bleibt die **Entscheidung des VwGH** zur Brutto- bzw. Nettogrenze der Luxustangente, da Amtsrevision zugelassen wurde.

4.4 Pkw-Diebstahl ist weder außergewöhnliche Belastung noch als Werbungskosten absetzbar

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/5101083/2016 vom 10. August 2022) mit einem nicht ganz alltäglichen Fall auseinanderzusetzen. Konkret wurde der **private Pkw** in der Nacht gestohlen, **bevor** eine **dienstliche Fahrt** hätte angetreten werden sollen, woraufhin der **Restwert des gestohlenen Privat-Pkws** sowie die **Kosten für das Ersatzauto** steuerlich in Abzug gebracht werden sollten (der Autodieb wurde strafrechtlich verurteilt und zu einer Schadenersatzleistung verpflichtet). Für die Geltendmachung als **Werbungskosten** wurde argumentiert, dass der Pkw Voraussetzung sei, um die **berufliche** (nicht-selbständige) **Tätigkeit** als Betreuerin für Unternehmensgründer innerhalb Österreichs **ausüben** zu können. Die steuerliche Kompensation durch eine **außergewöhnliche Belastung** wurde damit untermauert, dass auf einen **Diebstahl** der Charakter einer außergewöhnlichen Belastung zutreffe.

Das BFG setzte sich in der Entscheidungsfindung intensiv mit den **Voraussetzungen** für die Geltendmachung als **Werbungskosten** wie auch als **außergewöhnliche Belastung** auseinander. So ist die steuerliche Geltendmachung als Werbungskosten nur dann möglich, wenn der **Verlust unmittelbar während der beruflichen Verwendung** eintritt z.B. durch einen Unfall mit einem gelegentlich verwendeten Pkw anlässlich einer Dienstreise. Da jedoch **im konkreten Fall** der Pkw weder während der Dienstreise noch auf einer beruflichen Fahrt gestohlen wurde, sind die **Voraussetzungen** für abzugsfähige **Werbungskosten nicht gegeben**.

Die steuerliche Inanspruchnahme als **außergewöhnliche Belastung** setzt voraus, dass die Belastung **außergewöhnlich** ist, **zwangsläufig** erwachsen ist und die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt**. Darüber hinaus darf die Belastung weder Betriebsausgaben, Werbungskosten noch Sonderausgaben sein. Das Instrument der außergewöhnlichen Belastung dient daher der Berücksichtigung von **Aufwendungen der privaten Lebensführung**, die das Einkommen eines Kalenderjahres belasten, bei der Erstellung des auf durchschnittliche Verhältnisse angelegten Einkommensteuertarifs aber unberücksichtigt bleiben. Da die Ausgaben zu Lasten der Allgemeinheit gehen (sollen), müssen sie zwangsläufig erwachsen.

In seiner Entscheidung betonte das BFG auch, dass **nicht jede Vermögensminderung** eine **Aufwendung** sein muss, sondern **Einkommens- und Vermögensverwendung** sein kann. Reine **Vermögensverluste** etwa, die ohne den Willen des Steuerpflichtigen eintreten (etwa durch Diebstahl, Brand, Unfall oder Kursverluste bei Wertpapieren) **belasten nicht das Einkommen** des Steuerpflichtigen und stellen daher **keine außergewöhnliche Belastung** dar. Auf den konkreten Fall bezogen bedeutet dies, dass der Vermögensschaden durch den Diebstahl des Pkws (mangels Belastung des Einkommens) per se keine außergewöhnliche Belastung sein kann. Vergleichbares gilt für die Kosten für die **Miete eines Ersatzfahrzeuges**. Diese Kosten können steuerlich **nicht als außergewöhnliche Belastung** abgesetzt werden, da **Aufwendungen**, die zur **Wiederbeschaffung untergegangener Wirtschaftsgüter des Privatvermögens getätigt** werden, **grundsätzlich zu keiner außergewöhnlichen Belastung** führen. Dem **VwGH** folgend ist eine **Zwangsläufigkeit** von Aufwendungen **bei zer-**

störten Wirtschaftsgütern des Privatvermögens nur dann anzunehmen, **wenn** dem Steuerpflichtigen die **weitere Lebensführung ohne Wiederbeschaffung des zerstörten Wirtschaftsgutes nicht zumuten** ist, z.B. bei der Zerstörung der Wohnungsreinrichtung durch Brand. Somit können die **Kosten** für den **Ersatzwagen** und auch der **Restwert** des gestohlenen Privat-Pkws **weder** als **Werbungskosten** noch als **außergewöhnliche Belastung** steuerlich in Abzug gebracht werden.

5 Fokus Immobilien

5.1 Erhöhung der Kategorie-Mietzinse und der Richtwertmieten



Mit **1. Juli 2023** ist es zu einer **Erhöhung** der **Kategorie-Mietzinse** (Kategoriemieten) gekommen. Während die Kategorie-Mietzinse im Jahr 2022 dreimal erhöht worden sind, erfolgte die Erhöhung für 2023 (nur) im Juni bzw. Juli.

Der Kategorie-Mietzins ist die **Basismiete** für Mietverträge, welche zwischen 1.1.1982 und 28.2.1994 abgeschlossen wurden. Bedeutsamer Parameter für die Erhöhung der Kategorie-Mietzinse ist der **5 % - Schwellenwert**, d.h. wenn der **Verbraucherpreisindex (VPI) um 5 %** seit der letzten Anhebung **gestiegen** ist, kommt es zu einer Anhebung der Kategorie-Mietzinse.

Die erhöhten Werte können bei **Neuverträgen** seit Juni 2023 vereinbart werden und sind nachfolgend dargestellt. **Bestehende Mietzinse** können frühestens mit **Juli 2023** valorisiert werden.

Kategorie	neuer Tarif je m ² Nutzfläche und Monat (€)	bisher je m ² Nutzfläche und Monat (€)
A	4,47	4,23
B	3,35	3,18
C	2,23	2,12
D brauchbar	2,23	2,12
D	1,12	1,06

Die **Richtwertmiete** bestimmt jenen Betrag, der bei einem bestimmten Wohnungssegment **maximal** pro Quadratmeter **verlangt** werden darf. Betroffen sind **Mietverträge für Altbauwohnungen** unter 130 m², welche **ab 1. März 1994** abgeschlossen wurden und die dem **Mietrechtsgesetz (MRG)** unterliegen. Die **Richtwertmieten** müssen per Gesetz bei einer Inflation von über 3 % alle zwei Jahre **automatisch** entsprechend **angepasst** werden – mitunter aufgrund der mit der oftmals schwierigen Erhaltung der Altbauten zusammenhängenden steigenden Kosten. Planmäßig ist es im **April 2023** zu einer **Anpassung** gem. Richtwertgesetz gekommen – die nächste planmäßige Anpassung soll wieder im Jahr 2025 erfolgen.

Bei laufenden Verträgen können die **Mieten erhöht** werden, wenn in den Verträgen eine **Wertsicherungsklausel** enthalten ist (eine Erhöhung war daher **frühestens mit 1.5.2023** möglich gewesen), ansonsten gilt dies nur **für Neuvermietungen**. Für vor 1994 abgeschlossene Verträge sind die sogenannten **Kategoriemieten** relevant. Verglichen mit der Vorperiode sind die **Richtwertmieten** im Jahr 2023 **um 8,6 % gestiegen**.

Die maßgebenden Werte pro **Bundesland** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt (in € pro m² Nutzfläche und Monat).

Bundesland	Seit 1.4.2023	1.4.2022 bis 31.3.2023
Burgenland	6,09	5,61
Kärnten	7,81	7,20
Niederösterreich	6,85	6,31
Oberösterreich	7,23	6,66
Salzburg	9,22	8,50
Steiermark	9,21	8,49
Tirol	8,14	7,50
Vorarlberg	10,25	9,44
Wien	6,67	6,15

Diese Richtwerte berücksichtigen keine Zu- bzw. Abschläge für Lage und Ausstattung, keine Steuern, Betriebskosten und laufenden Inflationsanpassungen.

5.2 Sind Kosten zur Berechnung der Immobilienertragsteuer abzugsfähig?

Ein Steuerpflichtiger hatte im Jahr 2014 eine **Liegenschaft** (Miteigentumsanteil an einer Liegenschaft) aus dem **Privatvermögen verkauft** und hatte hierauf die **Immobilien-ertragsteuer** abzuführen. Da es sich um ein sogenanntes „Altgrundstück“ handelte, wurde die Berechnung unter Berücksichtigung der **Pauschalmethode** des § 30 Abs. 4 Z 2 EStG ermittelt, wonach die **Anschaffungskosten mit 86 %** des **Veräußerungserlöses angesetzt** wurden. Wegen geringer Einkünfte im Veranlagungsjahr wurde für die Abfuhr der Steuer ein **Regelbesteuerungsantrag** beantragt. Zudem wollte der Steuerpflichtige u.A. die **Selbstberechnungskosten für die Immobilien-ertragsteuer**, welche von einem **Notar** berechnet wurde, von der **Bemessungsgrundlage** der Immobilien-ertragsteuer **abziehen**. Für die Berechnung der Immobilien-ertragsteuer kam wegen der **Regelbesteuerung** nicht der besondere Steuersatz, sondern der **Tarifsteuersatz**, zur Anwendung.

Das **BFG** (GZ RV/1100044/2020 vom 17.2.2023) führte aus, dass in der **damaligen Rechtslage** des Einkommensteuergesetzes ein **generelles Abzugsverbot** für **Ausgaben** nach § 20 Abs. 2 EStG gegolten hat, welche in **unmittelbarem wirtschaftlichen Zusammenhang mit Einkünften** stehen, die dem **besonderen Steuersatz** i.Z.m. der **ImmoESt** unterliegen. Voraussetzung für das Abzugsverbot war damals also lediglich die mögliche Anwendbarkeit des besonderen Steuersatzes, sodass selbst

bei Anwendung der Regelbesteuerungsoption die Aufwendungen im konkreten Fall nicht abgezogen werden durften. In der **aktuellen Fassung** nach dem StRefG 2015/2016 gilt das Abzugsverbot nur, wenn der besondere Steuersatz auch tatsächlich zur Anwendung gelangt. Da der Beschwerdeführer aber auch einen Eventualantrag stellte, musste sich das **BFG** auch mit der **Frage** beschäftigen, ob die **Selbstberechnungskosten** der **ImmoEst** (dh, die durch den Notar angefallenen Kosten) als **Steuerberatungskosten** Sonderausgaben darstellen und **steuerlich abzugsfähig** sind.

Steuerberatungskosten sind grundsätzlich als **Sonderausgaben** abzugsfähig, sofern sie keine Werbungskosten darstellen und (die Zahlung) an berufsrechtlich befugte Personen geleistet wird. Das BFG hält in diesem Zusammenhang fest, dass bei **Steuerberatungskosten** auf die **Veranlassung abzustellen** ist. Für die Frage der Abzugsfähigkeit von Steuerberatungskosten als Betriebsausgabe bzw. Werbungskosten oder als Sonderausgaben ist entscheidend, ob sie der Sphäre der **Einkommenserzielung** oder der **Einkommensverwendung** zuzuordnen sind. Die Abzugsfähigkeit der Steuerberatungskosten sind dem Grunde nach nicht auf bestimmte Steuerarten beschränkt. Da die Steuerberatungskosten im **konkreten Fall** mit **Einkünften aus Grundstücksveräußerungen** zusammenhängen, sind sie der **Einkommensverwendung** zuzuordnen und stellen somit **Sonderausgaben** dar. Voraussetzung für den Abzug ist weiters, dass sie an **berufsrechtlich befugte Personen** geleistet werden, wobei hierzu auch **Notare und Rechtsanwälte** gehören. Folglich waren die **gegenständlichen Selbstberechnungskosten des Notars** als **Sonderausgaben** abzugsfähig. Die übrigen geltend gemachten Aufwendungen, welche auch dem Abzugsverbot nach § 20 Abs. 2 EStG unterlagen, waren mangels Steuerberatungscharakter nicht als Sonderausgaben zu klassifizieren.

5.3 Haftet der Rechtsanwalt für eine falsch errechnete Immobilien'ertragsteuer?

Im Jahr 2012 hat der Gesetzgeber die **Besteuerung von privaten Grundstücken** grundlegend geändert. Zuvor war grundsätzlich eine **steuerfreie Veräußerung nach Ablauf** der sog. **Spekulationsfrist** von 10 Jahren für unbebaute und von 15 Jahren für bebaute Grundstücke möglich. Das damals neue Gesetz sah vor, dass für Grundstücksanschaffungen vor dem 31.3.2002, bei denen zum 31.3.2012 die Spekulationsfrist bereits abgelaufen ist, eine **pauschale Besteuerung** zur Anwendung gelangt.

In § 30 Abs. 4 EStG ist geregelt, dass in solchen Fällen **grundsätzlich 4,2 % des Veräußerungserlöses** als **Steuer** abzuführen sind. Im Falle einer Umwidmung von Grünland in Bauland ab dem 1.1.1988 sind im Fall der späteren Veräußerung **18 % des Erlöses als Immobilien'ertragsteuer** (ImmoEst) fällig (60 % x 30 %). Der Verkäufer kann im Rahmen des Veräußerungsvorganges einen **Parteienvertreter** (z.B. einen Rechtsanwalt) mit der **Berechnung und der Abfuhr der Steuer** beauftragen. Der Steuerpflichtige muss diesem allerdings alle erforderlichen Unterlagen und Informationen vorlegen.

Die **Parteienvertreter haften** dann **für die Abfuhr der ImmoEst**. Hinsichtlich der Richtigkeit **haften** diese dem Gesetz entsprechend nur, wenn die ImmoEst **wider besseren Wissens** auf Grundlage der **Angaben des Steuerpflichtigen** berechnet wird. Im gegenständlichen Fall hat der Rechtsanwalt im Zuge des Verkaufes des Grundstückes im Dezember 2015 den niedrigeren Steuersatz für die Ermittlung der ImmoEst angesetzt, da der Verkäufer davon ausgegangen ist, dass das **Grundstück** bereits **seit jeher** als **Bauland** galt. Das Finanzamt war jedoch der Ansicht, dass eine steuerrechtlich relevante

Umwidmung erst im September 2015 stattgefunden hat und nicht schon, wie vom Verkäufer eingewendet, die Baulandwidmung seit jeher aufgrund des bestehenden Bebauungsplans vorgelegen ist, womit **18 % des Veräußerungserlöses** als **ImmoEST** abzuführen wären. Im Jahr 2016 hat das **Finanzamt** den **Rechtsanwalt** mittels Bescheids zur **Haftung** dieses höheren Betrages herangezogen.

Das Bundesfinanzgericht stimmte dem Finanzamt zu. Der **Verwaltungsgerichtshof** (GZ Ro 2022/15/0004 vom 9.2.2022) wies jedoch darauf hin, dass im Falle einer **zu niedrig ermittelten ImmoEST der Grundstücksverkäufer Steuerschuldner** ist. **Daneben haftet der Rechtsanwalt** (Parteienvertreter) gemäß § 30c Abs. 3 EStG dann für die **Richtigkeit der Immobilienertragsteuer**, wenn er die **ImmoEST** wider besseres Wissen auf Grundlage der Angaben des Steuerpflichtigen **zu niedrig** berechnet hat. Das BFG und das Finanzamt haben in ihren Bescheiden die wesentliche Frage, ob diese gesetzlichen Voraussetzungen für eine Haftung des Rechtsanwalts überhaupt vorliegen, nicht behandelt. Aufgrund dieser **Verkennung der Rechtslage** hat der VwGH den Haftungsbescheid wegen inhaltlicher Rechtswidrigkeit aufgehoben.

Zusammenfassend kann daher festgehalten werden, dass ein **Rechtsanwalt nicht automatisch**, aber **in gewissen Fällen**, für eine **zu gering berechnete ImmoEST haftet**. In der Praxis wird daher häufig auf die Expertise eines Steuerberaters zurückgegriffen, um auch bei komplexen Sachverhalten eine korrekte Ermittlung der ImmoEST zu gewährleisten.

6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze

6.1 Sozialversicherungswerte 2024

Unter Berücksichtigung der Aufwertungszahl von **1,035** betragen die Sozialversicherungswerte für 2024 **voraussichtlich** (in €):

	2024	2023
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	518,44	500,91
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe monatlich	777,66	751,37
Höchstbeitragsgrundlage täglich	202,00	195,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (laufender Bezug)	6.060,00	5.850,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie Dienstnehmer)	12.120,00	11.700,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	7.070,00	6.825,00

Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.

6.2 Größenklassen für Kapitalgesellschaften

Zuletzt mit dem **Rechnungslegungsänderungsgesetz 2014** wurden die Größenklassen für Kapitalgesellschaften geändert und mit den **Kleinstkapitalgesellschaften** (Micros) eine neue Größenklasse eingeführt. Die **Schwellenwerte** für die Einordnung in die verschiedenen Größenklassen sind wie folgt.

Kapitalgesellschaft	Bilanzsumme (€)	Umsatzerlöse (€)	Arbeitnehmer
Micros	350.000	700.000	10
Klein	bis 5.000.000	bis 10.000.000	bis 50
Mittelgroß	bis 20.000.000	bis 40.000.000	bis 250
Groß	> 20.000.000	> 40.000.000	> 250

Entscheidend für die Zuordnung zu einer Größenklasse ist, dass **zwei der drei Merkmale** an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren **überschritten** bzw. nicht mehr überschritten wurden.

Zu beachten ist, dass Aktiengesellschaften, die Mutterunternehmen sind („**Holding-AGs**“) die Schwellenwerte für den Einzelabschluss seit dem Jahr 2016 auf Basis von **konsolidierten oder aggregierten Werten** zu berechnen haben. Bei Um- und Neugründungen treten die Rechtsfolgen der Größenklasse bereits am ersten Abschlussstichtag nach der Um- oder Neugründung ein.

6.3 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinssatz

Durch die zuletzt von der Europäischen Zentralbank im Kampf gegen die Inflation beschlossene, erneute **Erhöhung des Leitzinssatzes** um **0,25 Prozentpunkte** ergeben sich Anpassungen beim **Basiszinssatz** (nunmehr **3,88 %**), welcher wiederum als mehrfacher Referenzzinssatz dient. Die entsprechenden **Jahreszinssätze** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Sofern die genannten Zinsen einen Betrag von **50 €** nicht erreichen, werden sie **nicht** festgesetzt.



© iJudmila - Adobe stock

	Seit 20.9.2023	Bis 19.9.2023
Stundungszinsen	5,88 %	5,38 %
Aussetzungszinsen	5,88 %	5,38 %
Anspruchszinsen	5,88 %	5,38 %
Beschwerdezinsen	5,88 %	5,38 %
Umsatzsteuerzinsen	5,88 %	5,38 %

7 Steuertermine 2024

Jänner	Fälligkeiten	15.1. USt für November 2023 Lohnabgaben (L, DB, DZ, GKK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember 2023
	Fristen und Sonstiges	Ab 1.1. Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht Bis 15.1. Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2023 für geringfügig Beschäftigte
Februar	Fälligkeiten	15.2. USt für Dezember 2023 bzw. 4. Quartal Lohnabgaben für Jänner EST-Vorauszahlung 1. Viertel KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel 29.2. Pflichtversicherung SVA
	Fristen und Sonstiges	Bis 1.2. Meldepflicht für bestimmte Honorarzahungen 2023 (E18) in Papierform Bis 15.2. Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2023 Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2023 (pro Registrierkasse) 29.2. Jahreslohnzettelübermittlung per ELDA 29.2. Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten 29.2. Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a und b EstG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt)
	Fälligkeiten	15.3. USt für Jänner Lohnabgaben für Februar
	Fristen und Sonstiges	31.3. Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2023 bei Stadtkasse/Gemeinde
April	Fälligkeiten	15.4. USt für Februar Lohnabgaben für März
	Fristen und Sonstiges	30.4. Abgabe der Steuererklärungen 2023 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO
Mai	Fälligkeiten	15.5. USt für März bzw. 1. Quartal Lohnabgaben für April EST-Vorauszahlung 2. Viertel KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel 31.5. Pflichtversicherung SVA
Juni	Fälligkeiten	17.6. USt für April Lohnabgaben für Mai
	Fristen und Sonstiges	30.6. Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2023 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline 30.6.. Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2023 aus Nicht-EU-Ländern

Juli	Fälligkeiten	15.7. USt für Mai Lohnabgaben für Juni
	Fälligkeiten	16.8. USt für Juni bzw. 2. Quartal Lohnabgaben für Juli ESt-Vorauszahlung 3. Viertel KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel 31.8. Pflichtversicherung SVA
September	Fälligkeiten	16.9. USt für Juli Lohnabgaben für August
	Fristen und Sonstiges	Bis 30.9. Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2023 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt von zwei oder mehreren lohnsteuerpflichtigen Bezügen, sonst ist der Termin der 30.6. (via FinanzOnline)
		Bis 30.9. Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften
		Bis 30.9. Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2023
Bis 30.9. Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2024 für Einkommen- und Körperschaftsteuer		
Oktober	Fälligkeiten	15.10. USt für August Lohnabgaben für September
	Fristen und Sonstiges	ab 1.10. Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2023 bis 31.10. Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides
November	Fälligkeiten	15.11. USt für September bzw. 3. Quartal Lohnabgaben für Oktober ESt-Vorauszahlung 4. Viertel KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel
		30.11. Pflichtversicherung SVA
Dezember	Fälligkeiten	16.12. USt für Oktober Lohnabgaben für November
	Fristen und Sonstiges	bis 31.12. Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK- Beiträge für geringfügig Beschäftigte
		31.12. Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2019 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab 31.12. Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft



Information zur neuen EU-Whistleblower-Richtlinie

Am 25.2.2023 wurde die EU-Whistleblower-Richtlinie durch das HinweisgeberInnenschutzgesetz (HSchG) durch den österreichischen Gesetzgeber umgesetzt. Danach wurde vorerst (nur) für Unternehmen ab 250 Beschäftigten die Pflicht zur Einrichtung einer internen Stelle für Hinweise geschaffen. Dies soll der Meldung von Normverstöße auf Unternehmensebene dienen. Dabei geht es insbesondere um folgende Bereiche: Öffentliches Auftragswesen, Finanzdienstleistungen, Produktsicherheit und -konformität, Verkehrssicherheit, Umweltschutz, Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit, Öffentliche Gesundheit, Verbraucherschutz, Datenschutz und die Verhinderung und Ahndung von Straftaten nach den §§ 302 bis 309 StGB.

Ab 17.12.2023 ist die Einrichtung einer internen Meldestelle auch für Unternehmen ab 50 Mitarbeitern gesetzlich verpflichtend. Detailinformationen finden Sie unter www.hinweisstelle.eu.



DI VALENTINO
STEUERBERATUNG

DI VALENTINO Steuerberatung GmbH
StB Luca Di Valentino, MSc
Maria Theresien Straße 5
6020 Innsbruck

Tel.: +43 512 560589
office@divalentino.at
www.divalentino.at

 [divalentino.at](https://www.facebook.com/divalentino.at)

 [di-valentino-steuerberatung-gmbh](https://www.linkedin.com/company/di-valentino-steuerberatung-gmbh)

 [divalentino.at](https://www.instagram.com/divalentino.at)